

Internationales Katholisches Missionswerk e.V.
Fachstelle Menschenrechte
Dr. Otmar Oehring (Hrsg.)
Postfach 10 12 48
D-52012 Aachen
Tel.: 02 41-75 07-00
Fax: 02 41-75 07-61-253
E-Mail: menschenrechte@missio-aachen.de

ISSN 1618-6222
missio-Bestell-Nr. 600 204

4₂₀₀₁



Human Rights
Droits de l'Homme
Menschenrechte

Georg Evers
**Osttimor –
der schwierige
Weg zur
Staatswerdung**

Das Anliegen der „Fachstelle Menschenrechte“ ist es, die Kenntnis über die Menschenrechtssituation in den Ländern Afrikas, Asiens und Ozeaniens zu fördern. Um diesem Ziel näher zu kommen engagieren wir uns in der menschenrechtlichen Netzwerkarbeit und fördern den Austausch der kirchlichen Partner missios in Afrika, Asien und Ozeanien mit kirchlichen und politischen Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik Deutschland. In der Reihe „Menschenrechte“ werden Länderstudien, thematische Studien sowie die Ergebnisse von Fachtagungen publiziert.

Osttimor ist in der letzten Zeit angesichts der dramatischen weltpolitischen Veränderungen seit dem 11. September 2001 weitgehend aus den Schlagzeilen verschwunden. Das ist eigentlich ein gutes Zeichen. Denn es zeigt, dass der Prozess der Staatswerdung für das kleine Osttimor mit seinen rund 800.000 Einwohnern auf dem richtigen Weg ist. Die Studie **Osttimor – Der schwierige Weg zur Staatswerdung** beschreibt kurz die Last der fast 400 Jahre portugiesischer Kolonialzeit, die nach der Episode einer ersten kurzlebigen Unabhängigkeit 1975 mit der Invasion und Besetzung durch Indonesien gewaltsam beendet wurde. Die nachfolgenden 20 Jahre indonesischer Besatzung, die gekennzeichnet waren von Ausbeutung und Völkermord an der Bevölkerung endeten mit dem Referendum im August 1999, in dem Osttimor sich für die Unabhängigkeit entschied. Die Massaker und die Zerstörungskampagne der Milizen und des indonesischen Militär während des September 1999 hinterließen ein zerstörtes Land. Die nachfolgende Aufbauarbeit, die massive Unterstützung durch die internationale Völkergemeinschaft und der Beitrag der katholischen Kirche werden ausführlich geschildert. Neben der Aufgabe des Aufbaus neuer staatlicher Organisationsstrukturen belasten die Aufarbeitung des geschehenen Unrechts und die Verfolgung der Täter, sowie das ungelöste Problem der Flüchtlinge die schwierige Zeit der Nationenwerdung. Ohne eine nationale Versöhnung kann der Aufbau nicht gelingen. Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 30. August 2001 und die Einsetzung einer Übergangsregierung markieren wichtige Schritte auf den Weg zur nationalen Unabhängigkeit.

Georg Evers, *1936 in Emmerich; 1958-61 Studium der Philosophie in München mit Abschluß des Lizentiats; 1962-64 Studium der japanischen Sprache, Geschichte und Kultur in Kamakura; 1965-69 Studium der Theologie an der Sophia Universität in Tokio mit Abschluss Lizentiat und Master of Theology; 1969-72 theologische Promotion bei Karl Rahner in Münster mit einer Arbeit über Theologie der Mission u. Religionen; 1973-79 Referent für ökumenische und interreligiöse Erwachsenenbildung in Bendorf b. Koblenz; 1979-2001 Asienreferent im Missionswissenschaftlichen Institut Missio in Aachen; In den Jahren 1979-2001 viele Reisen in asiatische Länder. Ständige Teilnahme und Mitarbeit an wichtigen theologischen Konferenzen im Rahmen der Federation of Asian Bishops' Conferences (FABC).

Literatur in Auswahl

Georg Evers, Carlos Belo, Stimme eines vergessenen Volkes, Freiburg 1996.
ders. Autonomie oder politische Unabhängigkeit für Ost-Timor?
in: Forum Weltkirche 118 (1999) 3, 7-11.

José Ramos Horta, Towards a Peaceful Solution in East Timor, Fairfield (Australia) 1996.
ders. Funu – Ost-Timors Freiheitskampf ist nicht vorbei, Freiburg 1997.

Arnold S. Kohan, From the Place of the Dead, The Epic Struggles of Bishop Belo of East Timor, New York 1998.

Klemens Ludwig/Korinna Horta, Ost-Timor, Das vergessene Sterben, Göttingen 1985.

Klemens Ludwig (Hg.), Ost-Timor – Der zwanzigjährige Krieg, Hamburg 1996.

Monika Schlicher, Portugal in Ost-Timor, eine kritische Untersuchung zur portugiesischen Kolonialgeschichte in Ost-Timor (1850-1912), Hamburg 1996.

C. Scott, East Timor: Transition to statehood, Catholic Institute for International Relations (CIIR), London 2001.

John G. Taylor, The Indonesian Occupation of East Timor: a chronology 1974-1989, London 1990.
ders., East Timor, The Price of Freedom, London-New York 1999.

Erschienene/Geplante Publikationen

- 1 Zur Lage der Menschenrechte in der VR China – Religionsfreiheit**
Oktober 2001 (Publikation in englischer und französischer Sprache in Vorbereitung)
Bestell-Nr. 600 201
- 2 Human Rights in the DR Congo: 1997 until the present day. The predicament of the Churches**
Oktober 2001 (Publikation in deutscher und französischer Sprache in Vorbereitung)
Bestell-Nr. 600 212
- 3 Zur Lage der Menschenrechte in Indonesien – Religionsfreiheit und Gewalt**
November 2001 (Publikation in englischer und französischer Sprache in Vorbereitung)
Bestell-Nr. 600 203
- 4 Zur Lage der Menschenrechte in Osttimor – Der schwierige Weg zur Staatswerdung**
November 2001 (Publikation in englischer und französischer Sprache in Vorbereitung)
Bestell-Nr. 600 204
- 5 Zur Lage der Menschenrechte in der Türkei – Laizismus = Religionsfreiheit?**
Dezember 2001 (Publikation in englischer und französischer Sprache in Vorbereitung)
Bestell-Nr. 600 205

Inhalt

2 Allgemeine Angaben zu Osttimor

3 Einleitung

Der Kampf um die Unabhängigkeit

4 Die Last der Kolonialgeschichte

8 Ausbeutung und Völkermord

9 Das Referendum vom 30. August 1999 und die nachfolgenden Massaker

11 Berichte von Augenzeugen der Ausschreitungen

11 Die Übergangsperiode unter UN-Verwaltung

Fragen, die gelöst werden müssen

14 Das ungelöste Problem der Vertriebenen in West-Timor

15 Strukturelle Probleme Osttimors

15 a) Die Vielfalt der Rassen, Sprachen und Kulturen

16 b) Probleme der Gesundheitsfürsorge

16 c) Probleme der Ausbildung und Erziehung

17 Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung

18 Wie wird sich das Verhältnis zu Indonesien entwickeln?

Die Rolle der Katholischen Kirche in Osttimor

19 Vom privilegierten Partner zum Anwalt der Menschen

21 Der Beitrag der Kirche im Befreiungskampf

23 Katholische Kirche in der Übergangszeit zur Unabhängigkeit

Der steinige Weg in die Demokratie

24 Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung am 30. August 2001

25 Einsetzung einer Übergangsregierung

26 Die große Aufgabe: Frieden und Versöhnung unter den Volksgruppen

28 Juristische Schritte gegen die Verantwortlichen

31 Portugiesisch als Landessprache und Dollar als Landeswährung

Forderungen

33 Juristisches Vorgehen gegen die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen

33 Wecken von Eigeninitiative und Zurückfahren der Hilfsangebote

33 Vorbereitungen treffen für die „Zeit nach dem Weggang der UNTAET“

34 Fußnoten

37 Literatur in Auswahl

Allgemeine Angaben zu Osttimor¹

Staatsname:	Osttimor oder Timor Lorosae
Fläche:	14.952 qkm, mit den Inseln Atauro und Jaco sowie der Enklave Oekussi im Westteil der 33.600 qkm großen Insel Timor, größte der kleinen Sunda-Inseln
Einwohner:	841.303 (49% weiblich; 51% männlich) ²
Bevölkerungswachstum:	nach 1980 < 3%, zuletzt zwischen 2,4% und 2,6% ³
Lebenserwartung:	57 Jahre
Analphabetenrate:	über 50%
Sprachen:	Tetum (und viele andere Stammessprachen), Portugiesisch, Bahasa Indonesia
Per-Kopf-Einkommen:	304 US\$ (lt. Schätzungen der UN); das Einkommen von über der Hälfte der Bevölkerung liegt unter der absoluten Armutsgrenze von 1 US\$ pro Tag,
Staatsform:	Temporäre Verwaltung durch die Vereinten Nationen (United Nations Temporary Administration for Easttimor) bis 31.12.2001
Oberstes Verfassungsorgan:	Die aus der Wahl vom 30.08.01 hervorgegangene Verfassungsgebende Versammlung
Staatsoberhaupt:	noch zu bestimmen. Aussichtsreichster Kandidat: José „Xanana“ Gusmao
Ministerpräsident:	Mari Alkatiri (seit 20.09.2001)
Religionen:	700.000 Katholiken (84%); Protestanten 25.000; Muslime 80.000; Hindus 3.000; Buddhisten 1.500. Der Rest der Bevölkerung wird zu den Animisten bzw. Anhängern der traditionellen Religion gezählt.
Infrastrukturelle Probleme	In 472 Dörfern (Aldeias) gibt es Elektrizität, das sind 20%. Vor den Zerstörungen von 1999 belief sich der Anteil auf 29%. Im Durchschnitt bedeutet dies, dass es an 6 Tage der Woche für ca. 13 Stunden Strom gibt. Wasserleitungen in Häusern gibt es in 168 Dörfern (7%), in 595 Dörfern gibt es öffentliche Wasserstellen, in 117 Dörfern öffentliche Pumpen. Haupterzeugnisse der Landwirtschaft sind Reis (38%), Mais (36%) und Kasava (22%).

Einleitung

Es ist irgendwie erstaunlich, dass eine kleine Insel, genau genommen nur ein Teil einer nicht sehr großen Insel in der weiten Inselwelt um Indonesien und Australien, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich zieht. Die Umstände, die zu diesem Bekanntheitsgrad geführt haben, sind für die Bewohner Osttimors über lange Jahre hinweg verheerend und traumatisierend gewesen. Der versuchte Völkermord an der Bevölkerung der von Indonesien besetzten Insel geschah lange Zeit, ohne dass die Medien und damit die Weltöffentlichkeit davon Notiz nahmen. Es ist der Öffentlichkeitsarbeit einer Reihe von Menschenrechtsorganisationen, kirchlicher Gruppen und Hilfswerke zu verdanken, dass die an den hilflosen Menschen auf Osttimor begangenen Menschenrechtsverletzungen letztlich doch bekannt wurden. Ein äußerst wichtiges Ergebnis dieser Lobby-Arbeit war die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bischof Carlos Filipe Ximenes Belo und den Politiker José Ramos Horta im Jahr 1996. Beide Persönlichkeiten hatten sich an unterschiedlicher Stelle als Vertreter und Anwälte ihres Volkes für die kulturelle und religiöse Identität und politische Freiheit Osttimors eingesetzt. Der eine als Bischof und Hirte seines Volkes in der Hauptstadt Dili, der andere als Politiker und Lobbyist in internationalen Gremien und in der Presse. Begünstigt durch die innenpolitische Entwicklung in Indonesien hat die Bewegung für Freiheit und Selbständigkeit Osttimors danach sehr an Gewicht und Bedeutung gewonnen. Es war aber dann doch überraschend, dass sich aus den noch unklaren politischen Zielen, ob für Osttimor eine Garantie kultureller und religiöser Selbständigkeit innerhalb der Zugehörigkeit zu Indonesien oder vollständige politische Eigenständigkeit als autonomer Staat erstrebenswert und realisierbar sei, in einer schmerzvollen Übergangsphase der Weg zur Unabhängigkeit öffnete. Die klare Entscheidung des Referendums vom 30. August 1999 für die Unabhängigkeit löste zunächst die Terrorwelle des September 1999 aus, die erst mit dem Abzug der indonesischen Truppen ihr Ende nahm. Zurück blieben ein traumatisiertes Volk und ein Land dessen Infrastruktur weitgehend zerstört war. Erstmals unternahm die UNO das Wagnis, die Verwaltung eines Territoriums für einen bestimmten Zeitraum zu übernehmen, um Osttimor durch den Aufbau der notwendigen Strukturen zur inneren Sicherheit, der Verwaltung, der politischen und gesellschaftlichen Institutionen den Weg in die Unabhängigkeit zu ermöglichen. Dieser Prozess wird gegenwärtig abgeschlossen.

Die hier vorgelegte Studie zeichnet den Weg Osttimors aus der kolonialen Abhängigkeit über die Periode der indonesischen Besatzung bis zum heutigen Tag⁴ nach. Dabei geht es darum, deutlich zu machen, welche Faktoren in der Ent-

wicklung eine Rolle gespielt haben. Osttimors Geschichte ist auf weiten Strecken eine Geschichte von Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen. Die heutigen Probleme der Nationenwerdung lassen sich nur im Kontext dieser leidvollen Geschichte verstehen und einordnen.

Der Kampf um die Unabhängigkeit

Die Last der Kolonialgeschichte

Innerhalb der großen Inselwelt des indonesischen Archipels von über 13.000 Inseln ist Osttimor mit einer Fläche von 33.600 qkm, einer Länge von 480 km und einer Breite von bis zu 100 km die größte der kleinen Sunda-Inseln. Der westliche Teil Timors gehörte zum niederländischen Kolonialreich und kam mit der Unabhängigkeit 1946 an Indonesien. Osttimor mit einer Fläche von 18.889 qkm war bis 1975 portugiesische Kolonie und wurde 1976 von Indonesien als Timor Timur (indonesisch für Osttimor) gegen internationale Proteste zur 27. Provinz des Landes erklärt. Von 1586-1975 war Osttimor eine portugiesische Kolonie, die im großen portugiesischen Kolonialreich nur eine bescheidene Rolle als Lieferant von Kaffee, Kokosprodukten und Sandelholz spielte. Osttimor ist während der portugiesischen Kolonialperiode die meiste Zeit nur indirekt von Portugal beherrscht gewesen, weil der Einfluss der Portugiesen im wesentlichen auf die Küstenregionen beschränkt blieb. Erst nach Niederschlagung eines größeren Aufstands im Jahre 1912 hat eine tatsächliche Kontrolle auch über das Binnenland etabliert werden können.

Osttimor hat immer nur eine Randstellung im portugiesischen Kolonialreich eingenommen. Die Verwaltung wurde von Portugal mehr schlecht als recht durch häufig im Amt wechselnde Gouverneure ausgeübt, die über konstanten Mangel an Verwaltungs- und Militärpersonal klagten. Während des Krieges im Pazifik wurde Timor zu Beginn des Jahres 1942 von den Japanern besetzt, die die australischen und niederländisch-indischen Soldaten der Alliierten, die gegen den Willen der portugiesischen Regierung mit Kriegsbeginn im Dezember 1941 nach Timor gekommen waren, in die Berge trieb. Während des Widerstandskampfes gegen die Japaner sind allein in Portugiesisch Timor mindestens 60.000 Personen ums Leben gekommen, was einen unverhältnismäßig hohen Blutzoll darstellt. In den Kriegswirren wurde die Infrastruktur der Insel fast vollkommen zerstört.

Portugal gab allen Bewohnern seines Teils der Insel nach Beendigung des Pazifischen Krieges im Jahr 1945 die portugiesische Staatsangehörigkeit, soweit sie zu dem Kreis der Civilizados (= die Gebildeten) gehörten. Es stellte aber sicher, dass der Unterschied zwischen den eigentlichen Portugiesen und denen aus dem

Kreis der Einheimischen dazu Zugelassenen auch weiterhin aufrecht erhalten wurde. Wahlberechtigt waren nur diejenigen, die in die Wahllisten aufgenommen wurden, wofür es bestimmte Kriterien, wie Steuerzahlung in bestimmter Höhe, Bildungsstand und andere Anforderungen gab, die zu erfüllen, im Mutterland Portugal gerade mal 15%, in den Kolonien nicht einmal 1% im Stande waren.

Wenn es schon im Mutterland Portugal 1910 noch 78% Analphabeten gab, 1960 immer noch 46% und 1979 weiterhin 30%, so lag das Bildungsniveau in Osttimor noch um einiges darunter. In den portugiesischen Kolonialgebieten wurde die Analphabetenrate in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts mit 98% angegeben.

„Nur allzu gerne hat die portugiesische Regierung den Aufgabenbereich Bildung und Unterricht den Missionen übertragen. Als einer der jahrhundertalten Grundpfeiler der portugiesischen Gesellschaft hat die katholische Kirche die Aufgabe übernommen, die Sitten der barbarischen Völker abzuschleifen, sie zu zivilisieren und ihnen die portugiesische Kultur und die portugiesischen Werte zu vermitteln“⁵. Dieses Versagen in der Bildungspolitik wurde von der portugiesischen Kolonialmacht oft scheinheilig als Achtung vor den Werten, Bräuchen und Lebensgewohnheiten der einheimischen Bevölkerung ausgegeben, der man nicht einfach die europäischen Wertvorstellungen überstülpen wollte. De facto bedeutete das aber, dass es nur wenige sogenannte Assimilados (= die Angepassten) gab, die über eine ausreichende Ausbildung verfügten und sich in das Kolonialsystem einfügten, während die große Mehrheit der Bevölkerung außen vor blieb.

M. Schlicher zitiert den katholischen Bischof von Soibada: „Die Timoresen brauchen nichts weiter als Lesen und Schreiben lernen, dann sollte man ihnen eine Hacke und eine Axt geben“⁶. José Ramos Horta erinnert sich an seine Schulzeit in der ältesten Missionsschule in Soibada, wo es den Schülern verboten war, eine einheimische Sprache zu gebrauchen und sie nur Portugiesisch sprechen sollten. Dies hat er damals als schmerzvolle Entfremdung von der Kultur seines Volkes erfahren⁷. Als in den siebziger Jahren die portugiesische Herrschaft in den übrigen Kolonialgebieten in Afrika zusammenbrach, hatte Portugal die kleine Insel im fernen Osten lange Zeit stark vernachlässigt. Für die Regierung Salazar (1932-1968) diente Osttimor als Verbannungsort für politisch unliebsame Personen. Osttimor hatte seit 1951 den Status eines „Überseegebiets“, der 1972 in eine autonome Region der Republik Portugal umgewandelt wurde. Damals erhielten die Bewohner Osttimors die portugiesische Staatsangehörigkeit, deren sie sich aber nicht lange erfreuen konnten. Denn die politischen Entwicklungen in Portugal seit der sog. Nelkenrevolution im Jahr 1974 und in seinen afrikanischen Kolonien Mosambik und Angola führten zum Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreichs. Nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien und dem Verlust von Goa blieben Portugal nur noch Macao auf dem

chinesischen Festland und Osttimor als letzte Überbleibsel der einstigen kolonialen Territorien übrig.

Es bestand in Portugal nicht viel Interesse, sich für die Verbesserung der Lebensumstände in der fernen Kolonie Osttimor zu engagieren, die mehr ein Ballast darstellte, als dass sie wirtschaftlichen Gewinn abgeworfen hätte. Diese politische Unbestimmtheit Portugals stärkte in den 70er Jahren die Unabhängigkeitsbestrebungen in Osttimor. Die Freiheitsbewegung für die Unabhängigkeit Osttimors [Frente Revolucionaria de Timor Leste Independente], abgekürzt Fretilin, war die stärkste Gruppe, die sich für die Unabhängigkeit Osttimors aussprach. Wegen ihrer starken Nähe zum Kommunismus bzw. dirigistischen Sozialismus wurde ihr zunehmender Einfluss in der Innenpolitik Osttimors von Indonesien mit großer Besorgnis gesehen. In den Wahlen im Juli 1975 hatte die Fretilin mit 55% die Mehrheit in den Gemeinderatswahlen gewonnen. Angesichts des sich anbahnenden Bürgerkriegs auf Osttimor unter den sich befehdenden politischen Parteien und Gruppierungen verließen die portugiesischen Militärs und die Kolonialbeamten zwischen 1974 und 1975 ziemlich überstürzt die Insel.

Als der Bürgerkrieg im August 1975 ausbrach, hat der letzte portugiesische Gouverneur von Osttimor, Lemos Pires, sang- und klanglos die Insel verlassen und damit die Geschichte von mehr als vierhundert Jahren Kolonialherrschaft Portugals ruhmlos beendet. Zu diesem Zeitpunkt gehörte Osttimor zu den ärmsten Gebieten der Welt mit einer Analphabetenrate unter Erwachsenen von über 95%, einer Säuglingssterberate von 50% und einer weiten Verbreitung von Malaria und Tuberkulose⁸. Die Wirtschaft war ganz auf die Monokultur von Kaffee ausgerichtet und schon lange ständig defizitär. Am 28. November 1975 verkündete die Fretilin die Unabhängigkeit der „Demokratischen Republik Osttimor“ gegen den Widerstand der anderen politischen Parteien in Osttimor. Die indonesische Regierung fühlte sich nun zum Handeln herausgefordert. Einerseits sah sie in einem unabhängigen Osttimor so etwas wie einen Fremdkörper inmitten des indonesischen Einheitsstaates. Andererseits stellte die ideologische Ausrichtung der Fretilin noch zusätzlich ein riesiges Problem dar, da sie sich des sozialistischen Vokabulars bediente und als kommunistisch inspirierte Befreiungsorganisation an die Grundlagen des politischen Systems Indonesiens rührte.

Am 7. Dezember 1975 begannen die Indonesier mit der Invasion Osttimors. Der indonesischen Armee gelang es zwar ziemlich schnell, die Fretilin-Regierung des unabhängigen Osttimor abzusetzen und ihre wenigen Soldaten militärisch soweit zu besiegen, dass sie die Städte aufgeben und sich in die unwegsamen Berge zurückziehen mussten. Der mit unterschiedlicher Intensität geführte nachfolgende Widerstandskampf gegen die indonesischen Invasoren dauerte die ganze Zeit von Dezember 1975 bis zum Referendum vom 30. August 1999, in dem sich die Bevölkerung Osttimors mit großer Mehrheit für die Unabhängigkeit und Abkehr von

Indonesien entschied. Darauf folgte im September 1999 die durch grausame Menschenrechtsverletzungen geprägte Übergangsperiode, die mit dem Abzug der indonesischen Armee und Verwaltung im Oktober 1999 endete.

Die indonesische Zeit in Osttimor war geprägt von immer wieder neuen militärischen Kampagnen, die darauf zielten, den Widerstand der Bevölkerung mit brutaler Gewalt zu brechen. Indonesien ist es in der ganzen Zeit nicht gelungen, für die Integration Osttimors in den indonesischen Staatsverband eine Mehrheit zu finden. Der Kampf des indonesischen Militärs gegen die Guerillakämpfer der Fretilin erstreckte sich letztlich auf die gesamte Bevölkerung, weil schnell klar war, dass militärisch gesehen die Fretilin keine echte Herausforderung für das indonesische Militär darstellten, dass sie aber durch den Rückhalt in der Bevölkerung auch nicht „erledigt“ werden konnten. Daher wurden nicht nur die aktiven Kämpfer und direkten Unterstützer, sondern auch die Verwandten der Freiheitskämpfer in die Gefängnisse und Lager gesteckt, grausam gefoltert und viele wurden getötet. Dieser militärisch gesehen aussichtslose Widerstandskampf forderte daher unter der Zivilbevölkerung ungewöhnlich viele Opfer.

Um der Guerilla-Bewegung die Basis zu entziehen, hat die indonesische Armee in der Folgezeit systematisch Felder zerstört, um die Nahrungsmittelversorgung zu unterbinden, Dörfer zwangsweise evakuiert und einen Großteil der Bevölkerung vorübergehend in Lagern untergebracht. In den Jahren 1978-79 kam es zu einer großen Hungersnot, weil die Bauern auch nach der Rückkehr von Flucht und Internierung von der indonesischen Armee gehindert wurden, die Felder zu bebauen. Diese Maßnahmen haben sich tief in das Gedächtnis der Bevölkerung eingegraben, da jede Familie in der ein oder anderen Weise direkt betroffen war.

Aus der Sicht der indonesischen Regierung handelte es sich dabei um einen Akt, der vollkommen in der Logik des politischen Programms Indonesiens lag. Die Republik Indonesien war aus dem Kolonialreich der Niederländer nach dem Pazifischen Krieg und dem Kampf um die Unabhängigkeit erwachsen. Osttimor, als portugiesische Kolonie, war ein Überbleibsel einer eigentlich beendeten Epoche der Geschichte im Kampf der Inselvölker im Reich der vielen Inseln um ihre kulturelle und politische Unabhängigkeit, als deren legitimer Erbe sich die Republik Indonesien verstand. Es war den Herrschenden in Indonesien unverständlich, dass sich mitten im großen indonesischen Staatsgebiet ein kleiner Inselteil als selbstständig erklärte. Aus der Sicht der indonesischen Regierung handelte es sich bei ihrem Vorgehen gegen Osttimor um einen Akt, durch den die Integration des Landes durch die Beseitigung der letzten kolonialistischen Überbleibsel abgerundet werden sollte. Die indonesische Regierung stellte ihre militärische Invasion als humanitäre Rettungsaktion dar, die dem Interesse der Zivilbevölkerung galt, die durch den Bürgerkrieg unter der Befreiungsbewegung gefährdet war.

In den 80er Jahren lagen die Ergebnisse der Wahlen in Osttimor, bei denen fast 100% der Bevölkerung ihre Stimmen abgab, für die Regierungspartei Golkar des Staatspräsidenten Suharto immer weit über 90%. Dies nutzten die indonesischen Behörden dazu, vor der Weltöffentlichkeit zu erklären, dass die Bevölkerung Osttimors in demokratisch freien Wahlen ihre Zustimmung zur Zugehörigkeit zu Indonesien bekundet habe. Besonders die australische Regierung hat eine unrühmliche Rolle gespielt, indem sie diese Farce mittrug. Um ihre geographisch privilegierte Position, nahe bei Osttimor und den im Timor-Graben entdeckten Ölfeldern zu sein, auch wirtschaftlich zu sichern, war die australische Politik bereit, die eklatanten Menschenrechtsverletzungen auf Osttimor zu übersehen und die Politik der indonesischen Regierung öffentlich zu unterstützen. Bei offiziellen Besuchen waren australische Politiker nur zu bereit, die offizielle Version der indonesischen Behörden zu akzeptieren, dass der Widerstand der Fretilin keinen Rückhalt in der Bevölkerung mehr habe und dass die Mehrheit nichts sehnlicher wünsche, als unter indonesischer Herrschaft in Ruhe ihren Geschäften nachgehen zu können. Andere ausländische Politiker wurden bei offiziellen Besuchen in Osttimor mit derselben Vortäuschung von allgemeiner Akzeptanz der indonesischen Herrschaft über Osttimor abgefertigt.

Ausbeutung und Völkermord

Die Wirklichkeit der 24jährigen Besetzung Osttimors durch Indonesien hatte mit diesem vorgetäuschten Bild einer friedlichen Integration nichts, aber auch gar nichts zu tun. Tatsache ist, dass die Verluste unter den Widerstandskämpfern und vor allem in der Zivilbevölkerung in dieser Zeit Ausmaße erreicht haben, die dem Tatbestand des Genozids nahe kommen. Schon 1977, d.h. gerade zwei Jahre nach der Besetzung Osttimors, hat der damalige Außenminister Indonesiens, Malik, eingeräumt, dass es auf Osttimor bis zu diesem Zeitpunkt möglicherweise 50-80.000 Tote gegeben habe, d.h. Todesopfer in Höhe von 10% der damaligen Bevölkerung. Im Jahr 1980 wurde von 150.000 Opfern der indonesischen Befriedigungspolitik gesprochen. Heute wird eine Zahl von 200.000 Todesopfern für den Zeitraum 1975-1995 genannt. Das bedeutet, dass ein Drittel der Bevölkerung Osttimors des Jahres 1975 im Widerstandskampf ums Leben gekommen ist. Hinzu kommen andere Maßnahmen wie Zwangsumsiedlungen, Sterilisierung von Frauen, Eingriffe in die Kultur durch Verbot der portugiesischen Sprache und Zwangseinführung des Indonesischen, Aushungerung der Bevölkerung und dergleichen.

Tatsache ist, dass das indonesische Militär während der Jahre der Besetzung Osttimors nicht nur die Aufgabe wahrnahm, gegen Widerstand die zwangsweise Integration in den indonesischen Staatsverband durchzusetzen, sondern sich durch wirtschaftliche Unternehmungen auch persönlich bereicherte⁹. Wenn es

auch zutreffen mag, dass der indonesische Staat durch das militärische Abenteuer der Besetzung Osttimors nie verdiente, sondern im Gegenteil jährlich riesige Summen aufzubringen hatte, so haben die führenden Militärs der Besatzungsmacht durch die wirtschaftliche Ausbeutung der Insel persönlich stets sehr gut verdient. Dies ist sicher auch der Grund gewesen, warum es solange gedauert hat, bis eine politische Lösung des Problems „Osttimors“ zustande kam. Nach dem Referendum gegen eine weitere Zugehörigkeit zu Indonesien haben die Plünderungen durch das indonesische Militär im September 1999 vor dem endgültigen Abzug noch einmal diesen Aspekt unterstrichen, dass Osttimor als eine Art „persönlicher Besitz“ angesehen wurde, den man rücksichtslos ausbeuten durfte.

Das Referendum vom 30. August 1999 und die nachfolgenden Massaker

Nach über dreißig Jahren Alleinherrschaft kam das Regime des Präsidenten Suharto durch Anhäufung von Korruptionsfällen und anderen Anzeichen des inneren Zerfalls, verstärkt durch die allgemeine Wirtschaftskrise in Asien, an ein Ende. Am 21. Mai 1998 trat Suharto zurück und Habibie wurde neuer Präsident. Mit ihm begann eine vorsichtige Demokratisierung, die sich in der Gewährung größerer Pressefreiheit, dem Zurückdrängen des Einflusses der Militärs und anderen kleineren Reformschritten zeigte. Im Hinblick auf Osttimor machte Habibie zunächst das Angebot einer begrenzten Autonomie, das aber in Osttimor auf Ablehnung stieß. Danach machte Habibie eine Kehrtwendung und kündigte am 27. Januar 1999 an, dass die indonesische Regierung bereit sei, ein Referendum in Osttimor abzuhalten, in dem über das politische Schicksal der Insel frei durch die Bevölkerung entschieden werden könne. An dem mehrfach verschobenen Referendum, das schließlich am 30. August 1999 stattfand, nahmen 450.000 Bewohner von Osttimor teil, was einem Anteil von 92% der wahlberechtigten Bevölkerung entsprach. Im Vorfeld des Referendums war es zu vielfachen Behinderungen der Abstimmung durch die indonesischen Behörden und die von ihnen ausgehaltenen Milizen gekommen, die mit allen Mitteln versuchten, die Bevölkerung einzuschüchtern und zur Wahl für Indonesien zu bewegen.

Schon hier zeigte sich, dass die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen UNAMET (United Nations Assistance Mission in East Timor), die seit dem 4. Juni 1999 in Osttimor war, nicht in der Lage war, die schlimmen Ausschreitungen zu verhindern. Das Referendum vom 30. August 1999 brachte eine überwältigende Mehrheit von 78% für die Unabhängigkeit. Die Einschüchterungskampagne der indonesischen Militärs und Milizen hatte nicht verhindern können, dass die Bevölkerung Osttimors in ihrer großen Mehrheit die Herrschaft Indonesiens ablehnte und sich für die Unabhängigkeit entschied. Durch die direkt

nach dem Referendum einsetzende Vergeltungskampagne der pro-indonesischen Milizen und der sie unterstützenden indonesischen Militärs wurde die Infrastruktur des Landes weitgehend beschädigt.

Im September 1999 hatte das Vorgehen des indonesischen Militärs und der Milizen zur Folge, dass mehr als 500.000 Einwohner Osttimors, d.h. mehr als 60% der Bevölkerung, gezwungen wurden, ihren Wohnsitz zu verlassen, nach West-Timor zu fliehen oder in die Berge und Wälder zu flüchten¹⁰. Es kam zu Menschenrechtsverletzungen wie Morden, ja Massenmorden, Folterungen, Entführungen, sexuellen Vergehen und Gewalt gegen Kinder, Massenvertreibungen und Plünderungen im großen Stil. Die Verbrechen waren organisiert und hatten ein klares Ziel, da sie sich gegen alle richteten, die für Unabhängigkeit eintraten. Das zielte auf die politisch Aktiven, aber auch auf Kirchenpersonal, weil von diesen angenommen wurde, dass sie für die Unabhängigkeit eintreten.

Noch im Vorfeld des Referendums wurde am 11. März 1999 die Operation „Reiner Tisch“ (Operasi Sapu Jagad) vom Oberbefehlshaber der indonesischen Streitkräfte in Osttimor, Lafack Saburai, dahingehend beschrieben, dass es das Ziel sei, die Führer, Kader und Unterstützer der Anti-Integrationspolitik zu eliminieren. Die organisierte Gewalt begann dann mit der Verkündung des Ergebnisses des Referendums am 4. September 1999 und dauerte bis Ende September, als es der Internationalen Militärtruppe in Osttimor (Interfet) gelang, die Sicherheit wiederherzustellen. Die Operation „Evakuierung“ (Operasi Wiradharma) seitens der indonesischen Armee hatte das Ziel, die Bevölkerung Osttimors nach West-Timor zu bringen und sie dann über den ganzen Archipel zu verteilen. Sie wurde von den Kopassus¹¹ Offizieren, Generalmajor Zakky Anwar Makrim und Adam Damiri, befehligt.

Bis heute ist es nicht möglich, genaue Angaben über die Morde an der Zivilbevölkerung während dieser Zeit des Terrors zu machen. Es wird aber generell von über 1.000 Ermordeten ausgegangen. Die Morde erfolgten gezielt und trafen in der Regel Personen, die unbewaffnet waren. Weiter gab es eine unbestimmte Zahl von Verwundeten in Cova Lima, Bobonaro, Ermera, Liquica und in Dili. Fast zweihundert Fälle von Folter, Vergewaltigung und Entführung sind belegt. Mehr als 250.000 Timoresen wurden deportiert, die meisten von ihnen nach West-Timor. Weitere 200.000 Timoresen wurden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen und in die Berge zu fliehen. Die Zerstörungen an Häusern durch Brand und Plünderungen lagen bei 80% der Wohnsubstanz in Osttimor. Besonders bedeutsam ist die Zerstörung der Infrastruktur, d.h. von Schulen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen.

Die Gewalt in Osttimor vor dem Referendum und besonders direkt danach während des Septembers 1999 war nicht eine spontane Aktion wildgewordener Milizen, sondern eine Aktion, die von Militär und Polizei Indonesiens logistisch

unterstützt wurde. Die Milizen, unter ihnen die berüchtigte Besi Merah Puti (Rot-Weiss-Eisen)¹² Miliz, waren vom indonesischen Militär ausgebildet und mit Waffen ausgerüstet worden. Auf der Seite des indonesischen Militärs standen der Gouverneur Abilio Soares und Anführer der Milizen wie Joao Tavares und Enrico Guterres. Es ist daher auch nicht vorstellbar, dass General Wiranto, der Generalstabschef der indonesischen Armee zu dieser Zeit, nichts von dieser aktiven Unterstützung durch das Militär wusste.

Berichte von Augenzeugen der Ausschreitungen

Während meines Aufenthalts in Osttimor im Juli 2001 habe ich mit einer Reihe von Personen gesprochen, die während der Zeit des „Schwarzen Septembers“ – genau im Zeitraum vom 4.-24. September 1999 – im Land und direkt betroffen waren. Gemeinsam ist ihnen allen die Erfahrung, absolut hilflos und ausgeliefert gewesen zu sein, weil es keine Instanz wie Polizei oder Militär gab, an die man sich hätte wenden können. Denn das indonesische Militär und die indonesische Polizei standen auf der Seite der Angreifer, die sich, was die Täter angeht, aus den Milizen rekrutierten, die aber deutliche Unterstützung der indonesischen Instanzen hatten. Das meiste Vertrauen in den Augen der Bevölkerung genoss die katholische Kirche, die viele Pfarreien, Schulen und andere Institutionen hatte, die groß genug waren, viele Zufluchtssuchende zunächst einmal aufzunehmen.

Es zeigte sich aber bald, dass die Milizen so etwas wie Kirchenasyl nicht respektierten. Im Gegenteil, wie die Morde an einer Reihe von Priestern und Ordensschwestern deutlich machen, richtete sich ihre Wut zum Teil gerade gegen die kirchlichen Mitarbeiter, denen sie mehrfach drohten, sie „alle umzubringen“. Die ständige Bedrohung und Todesangst wurde bewusst von den Milizen verstärkt, indem sie wiederholt ihre Waffen auf einzelne Personen richteten und drohten, sie zu erschießen. Diese Existenzbedrohung hat bei vielen ein Trauma hinterlassen. Die letzten indonesischen Soldaten haben Osttimor am 30. Oktober 1999 verlassen, nach 24 Jahren brutaler Besatzung, die von Folter, Morden und dem Verschwinden Tausender Menschen geprägt wurden.

Die Übergangsperiode unter UN-Verwaltung

Nach dem Abzug der indonesischen Verwaltung, ihrer Polizei und des Militärs übernahmen die Vereinten Nationen offiziell die Verwaltungshoheit über Osttimor. Die United Nations Transitional Authority in East Timor (UNTAET) arbeitet mit einem großen Stab internationaler Helfer und mit der Hilfe lokaler Mitarbeiter an der Aufgabe, das weitgehend verwüstete Osttimor wieder aufzubauen

und für die Unabhängigkeit bereit zu machen. Die Leitung von UNTAET hat gegenwärtig der Brasilianer Sergio Vieira de Mello. Die Vereinten Nationen haben 8.000 Soldaten und 4.000 Stabsmitglieder sowie 1.300 Polizisten verschiedener Nationen im Dienst, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und den Übergang zu einem unabhängigen Staat sicherzustellen¹³. Das beinhaltet eine Reihe von Wahlen, die Ausarbeitung einer Verfassung und den Aufbau einer einheimischen Regierung. Ihr Mandat beruht auf der Resolution 1272, die im Oktober 1999 verabschiedet wurde, nachdem sich die Mehrheit der Osttimoresen am 30. August 1999 für die Loslösung von Indonesien entschieden hatte. In der Geschichte der UNO ist es das erste Mal, dass die Verwaltung eines ganzen Gebiets von einer UNO-Institution übernommen wurde. In Osttimor war die Verwaltung, die sich zum großen Teil in den Händen von Indonesiern befand, in den Wirren nach dem Referendum so gut wie vollständig zusammengebrochen. Die erste Aufgabe von UNTAET war daher die Wiederherstellung der Sicherheit, um überhaupt die Grundvoraussetzung für einen Wiederaufbau zu haben. Das zweite Ziel war es, eine glaubwürdige und halbwegs effiziente Verwaltung aufzubauen. Das dritte Ziel stellt das ehrgeizigste Projekt dar, nämlich den Aufbau demokratischer Institutionen zu bewerkstelligen.

Es wurde ein Kabinett gebildet, in dem neben Vertretern der Vereinten Nationen auch einheimische Politiker vertreten waren. Daneben gab es den Nationalrat (All-Timorese National Council), der so etwas wie eine vorläufige gesetzgebende Versammlung darstellte. Das vorrangige Problem war, die innere Sicherheit wiederherzustellen und Osttimor gegen die mögliche Infiltration von pro-indonesischen Milizen zu schützen, die in West-Timor Zuflucht gefunden hatten und in den Lagern auch weiterhin ihre Waffen behielten. Mit Hilfe von UN-Soldaten und -Polizisten wurde dieses Problem relativ schnell und dauerhaft gelöst. Der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und der Infrastruktur des Landes dagegen wird wesentlich länger dauern.

Es fehlt dem Land an ausgebildeten Fachkräften auf so gut wie allen Gebieten wie z.B. der öffentlichen Verwaltung, der Justiz, der Polizei und des Militärs, an Lehrern für alle Schultypen, an Fachleuten für das Informationswesen, die Post und das Verkehrswesen. Es ließen sich noch viele Bereiche nennen, in denen es in ähnlicher Weise Mangel an ausgebildetem Personal gibt. Zur Zeit der Wahl für die Verfassungsgebende Versammlung gab es in Osttimor gerade 24 Richter, 13 Staatsanwälte und 9 öffentliche Verteidiger, die alle ihre Ausbildung im indonesischen Recht in Indonesien erhielten. Für die 13 Distrikte auf Osttimor sind bisher in einer nationalen Parteischule 1.073 Polizisten ausgebildet worden, von denen ein Drittel Frauen sind. Die kleine militärische Streitmacht Osttimors beläuft sich auf 600 Mann, die sich in der Mehrzahl aus ehemaligen Mitgliedern der Guerrilla-Truppe der Falintil rekrutieren. Dies ist eine Zahl, die nicht einmal

ausreicht, die Grenzen des Inselstaates nach außen zu schützen und die schon Schwierigkeiten haben wird, die 150 km lange Grenze zu West-Timor einigermaßen zu sichern. Was die Öl- und Gasfelder im Timorgraben angeht, so wird Osttimor ohne fremde Hilfe, dieses für die Existenz des Landes so wichtige Gebiet nur schwerlich sichern können.

Es mehren sich die Stimmen, die wie Sergio Vieira de Mello, der verantwortliche Leiter von UNTAET auf Osttimor, damit rechnen, dass der Auftrag der Vereinten Nationen, den Übergang Osttimors zu einem unabhängigen autonomen neuen Staat sicherzustellen in der Zeit bis zum Ablauf des Mandats im Januar 2002 nicht zu erfüllen sein wird. Es werden gegenwärtig daher Pläne entwickelt, wie die Vereinten Nationen auch nach dem Ablauf dieser Frist auf Osttimor bleiben und den weiteren Ausbau eines selbständigen Staatswesens unterstützen könnten. Einen konkreten Vorschlag für einen graduellen Übergang Osttimors in die Unabhängigkeit hat das East Timor International Support Center (ETISC)¹⁴ gemacht.

In einer Erklärung, die in Dili am 24. April 2001 von ETISC veröffentlicht wurde, wird gefordert, das Mandat der UNTAET über den ursprünglich vorgesehenen Zeitraum bis zum 31.12.2001 zu verlängern, um Osttimor einen graduellen Übergang in die volle Unabhängigkeit zu gewähren. Nach den Wahlen im August 2001 sollte eine selbständige Regierung von Osttimoresen gebildet werden, während die Vereinten Nationen solange die Souveränität über die Insel behalten sollten, bis die notwendigen Voraussetzungen geschaffen seien. Die internationalen Mitarbeiter der Vereinten Nationen auf den verschiedenen Gebieten könnten in dieser Periode langsam durch, in der Zwischenzeit ausgebildete, einheimische Fachleute ersetzt werden. Dabei geht ETISC von der Erwartung aus, dass der Übergangsprozess das Eingreifen internationaler Gremien und Fachleute notwendig machen werde. Wäre einmal die vollständige Unabhängigkeit gewährt, wären notwendige Korrekturen von außen nur noch äußerst schwer in einem dann souveränen Osttimor möglich. Dabei gehen man davon aus, dass Osttimor erst mit dem Beginn der Zahlungen aus der Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen im Timor-Graben, irgendwann in den Jahren 2004 oder 2005, wirtschaftlich in der Lage sein werde, die notwendigen Ausgaben des Staatshaushalts und für den Ausbau der Infrastruktur ohne finanzielle Unterstützung aus dem Ausland zu leisten. Die verlängerte Anwesenheit der Vereinten Nationen könne dann durch einen Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, eines Gouverneurs wahrgenommen werden. Was die zeitliche Dauer angehe, so könne ein jeweils halbjähriges Mandat erteilt werden, das je nach dem Stand der Entwicklungen auf Osttimor verlängert oder durch Gewährung der vollständigen Souveränität terminiert werden könne.

Fragen, die gelöst werden müssen

Das ungelöste Problem der Vertriebenen in West-Timor

Während der Unruhen im Anschluss an das Referendum im August 1999 haben mehrere Hunderttausende Osttimoresen¹⁵ ihr Heil in der Flucht gesucht, um der Gewalt der Milizen und des indonesischen Militärs zu entgehen. Andere wurden von den indonesischen Truppen gezwungen, Osttimor zu verlassen und meistens nach West-Timor deportiert¹⁶. Nach dem Abzug der indonesischen Truppen und Verwaltung ist ein Großteil der Flüchtlinge und Vertriebenen in den letzten beiden Jahren nach Osttimor zurückgegangen. Es wird eine Zahl von 181.000 Menschen genannt, die in der Zwischenzeit nach Osttimor zurückkehren konnten. Das würde bedeuten, dass sich noch zwischen 70.000 bis 100.000 in West-Timor aufhalten. Die meisten von denen, die nicht zurückkehren wollen oder können, sind Menschen indonesischer Staatsangehörigkeit, die sich im Laufe der Umsiedlungspolitik seit 1975 in Osttimor angesiedelt haben¹⁷. Andere Flüchtlinge sind Angehörige der indonesischen Streitkräfte, der Polizei, der Verwaltung, die Anspruch auf Gehaltszahlungen oder Pensionen seitens des indonesischen Staates haben¹⁸, oder Mitglieder pro-indonesischer Milizen, die wissen, dass sie wegen begangener Verbrechen strafrechtlich verfolgt werden.

In den Flüchtlingslagern waren es oft ehemalige Milizkämpfer, die dort das Kommando übernahmen und die Rückkehrwilligen drangsalierten. Nach dem Angriff auf Mitglieder der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (UNHCR) in Atambua im September 2000, bei dem drei ihrer Mitarbeiter den Tod fanden, hatten die internationalen Behörden ihre Mitarbeiter aus den Flüchtlingslagern auf West-Timor zurückgezogen¹⁹. Im Juni 2001 wurde in West-Timor eine Abstimmung durchgeführt, an der sich 268.407 aus Osttimor stammende Vertriebene beteiligten²⁰. Das überraschende Ergebnis war, dass es nur ganz wenige gab, die für eine Rückkehr nach Osttimor votierten, während sich weit über 90% für den Verbleib in Indonesien entschied. Von kritischen Beobachtern wie Fr. Frank Brennan SJ, vom Jesuit Refugee Service in Dili, der mit seinen Mitarbeitern nach dem Abzug der Mitarbeiter von UNHCR als einzige ausländische Beobachter vor Ort in West-Timor gewesen sind, wird festgestellt, dass es viele Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung gegeben habe. Die meisten Flüchtlinge aus Osttimor wären sich über die Tragweite dieser Abstimmung nicht im Klaren gewesen. Viele hätten die Abstimmung so verstanden, dass sie sich zunächst für einen Verbleib in Indonesien entschieden, weil sie in den Flüchtlingslagern eine relative Sicherheit gefunden hätten und über die Verhältnisse in Osttimor gar nicht oder von Angehörigen der pro-indonesischen Milizen gezielt falsch informiert worden seien. Das vorherrschende Gefühl unter den Flüchtlingen sei

gewesen, dass sie wegen der noch unklaren Verhältnisse in Osttimor erst die Wahlen im August 2001 abwarten sollten²¹, um dann ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken. Andere sprachen davon, dass sie mit Geld bestochen worden seien, sich für Indonesien zu entscheiden. Im September 2000 wurde von einer Zahl von 30.000 - 50.000 Personen gesprochen, die auf eine Repatriierung nach Osttimor warteten. Bis zum August 2001 sind davon 12.000 zurückgekehrt, so dass die Zahl der tatsächlich Rückkehrwilligen bei höchstens 30.000 liegen sollte.

Strukturelle Probleme Osttimors

a) Die Vielfalt der Rassen, Sprachen und Kulturen²²

Bei der relativ geringen Zahl der Bevölkerung von gerade mal gut 800 000 Einwohnern überrascht die ethnische, linguistische und kulturelle Vielfalt, die es schwer macht von einer einheitlichen nationalen Identität zu sprechen. Es gibt auf Osttimor mehr als 40 verschiedene ethno-linguistische Gruppen, wobei nicht immer ganz deutlich ist, ob es sich um Dialekte oder voll ausgebildete Sprachen handelt. Tetum wird in 97 ethnischen Gruppen der Stämme (sucos) als Hauptsprache benutzt, das ist ein Anteil von 19% der Bevölkerung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Statistik jeder Stamm (sucu) gezählt wird, ohne dass angegeben wird, wieviele Menschen dazu gehören. Die angegebenen 19% der Stämme, in denen Tetum die Hauptsprache ist, sagt also nichts über den zahlenmäßigen Anteil in der Bevölkerung aus. Neben Tetum gibt es noch das verwandte Tetum Teric, das in 25 Stämmen oder von 5% der Bevölkerung als Hauptsprache angegeben wird. Während der Zeit des Widerstandes ist Tetum jedenfalls die Sprache gewesen, die landesweit als Ausdruck des Anspruchs auf eine eigene Identität und als Zeichen des Widerstandes gegen das Aufdrängen von Bahasa Indonesia als Landes- und Unterrichtssprache gesehen wurde. Die katholische Kirche hat dies unterstützt, weil sie Tetum als einzige einheimische Sprache landesweit in der Liturgie benutzt hat und benutzt. Neben Tetum sind Mambae, in 113 Stämmen oder 22,7% der Bevölkerung als Hauptsprache gesprochen, sowie Macassae, das in 64 Stämmen oder von 12,9% der Bevölkerung als Hauptsprache benutzt wird, wichtige einheimische Sprachen.

Mit der neuen Politik, Portugiesisch als Landessprache einzuführen, werden Versuche unternommen, in allen Pfarreien auch jeden Sonntag wenigstens eine Messe auf Portugiesisch zu feiern. Bisher hat dies wenig Erfolg. Wie wenig Portugiesisch und auch Bahasa Indonesia angenommen sind, wird daran deutlich, dass gerade 1% der Bevölkerung in Osttimor angeben, dass eine dieser Sprachen die Hauptsprache in einem Stamm sei.

b) Probleme der Gesundheitsfürsorge

Die Zahl der Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge/Krankenversorgung beläuft sich auf 218. Es gibt 27 mobile Kliniken, 66 Krankenversorgungsstellen, 107 Gesundheitseinrichtungen der Kommunen ohne Betten und 9 mit Betten. Die Zahl der Krankenhäuser wird gegenwärtig mit 9 angegeben. 50% der Einrichtungen werden vom Staat, 39% von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) und 8% von der Kirche betrieben. Insbesondere in den ländlichen Gebieten ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung sehr unzureichend. Es fehlt so gut wie ganz an niedergelassenen Ärzten. Die Versorgung durch ambulante medizinische Dienste ist mangelhaft. Im ganzen Land gibt es keine psychiatrische oder psychosomatische Klinik. Da große Teile der Bevölkerung durch die Ereignisse der letzten Jahre nicht nur körperliche sondern auch psychische Schädigungen und Traumata erlitten haben, ist dies ein besonders gravierender Mangel.

Ein großer Bedarf an professioneller Betreuung und Beratung besteht für die vielen Frauen, die im September 1999 Opfer von Vergewaltigung wurden. Ein bescheidener Anfang ist mit dem psychosozialen Programm der Caritas in Dili gemacht, die mit Unterstützung von Caritas Australia ein Programm für Trauma-Beratung und Kommunikation begonnen hat. Ebenfalls in Zusammenarbeit mit Fachstellen in Australien hat die Gesundheitsabteilung der provisorischen Verwaltung ein Programm für „Psychosoziale Gesundheit und Entwicklung“ (Psychosocial Recovery and Development) begonnen, das Beratungen mit Opfern von öffentlicher, aber auch häuslicher Gewalt durchführt. Zu nennen wäre hier auch die in Osttimor von lokalen Frauen gegründete Initiative „Osttimoresische Frauen gegen Gewalt und für Fürsorge an Kindern“, die schon 1998 gegründet wurde und sich um Frauen und Kinder als Opfer von Gewalt kümmert. Neu ist das Auftreten von AIDS, das weitgehend durch Soldaten der Vereinten Nationen ins Land gekommen ist und sich durch die in diesem Ausmaß ungewohnte Form von Prostitution im ganzen Land zu verbreiten beginnt.

c) Probleme der Ausbildung und Erziehung

In der Zeit der indonesischen Besatzung Osttimors waren 75% der Lehrkräfte Indonesier, diese haben alle das Land verlassen. Es herrscht daher in Osttimor ein akuter Lehrermangel. Die UNTAET bezahlt seit Februar 2001 die Gehälter für diejenigen Lehrkräfte, die einen qualifizierten Studienabschluss vorweisen können. Die Zahl derer, die dazu in der Lage sind, bleibt weit unter der Zahl der benötigten Lehrkräfte. Die meisten timoresischen Lehrkräfte haben nur eine Qualifikation für den Unterricht in der Grundschule. Da sehr viele Schulgebäude während der Unruhen zerstört wurden, wird es noch länger dauern, bis die alten Schulen renoviert und neue gebaut werden können. Für eine Übergangszeit wird in den drei Sprachen Tetum – hauptsächlich für die Grundschulen – , Indone-

sisch und Portugiesisch unterrichtet, je nach der Sprachfähigkeit der Lehrpersonen oder der Schüler. Portugiesisch soll aber für alle Schulen verpflichtend eingeführt werden.

Die portugiesische Regierung unterstützt dieses Sprach-Programm durch die Entsendung von Lehrkräften, die sich aber in der fremden Kultur schwer tun. Für eine Übergangszeit von fünf Jahren sollen aber indonesische Curricula und die entsprechenden Lehrbücher in Bahasa Indonesia in den Schulen Osttimors weiter verwendet werden dürfen. Anfang 2001 gab es in Osttimor 14 Gymnasien (High Schools) mit 5.200 Schülern und 276 Lehrern, 4 Berufs- und Handwerkschulen mit 641 Schülern und 116 Lehrern. Daneben gibt es 52 Junior High Schools mit 11.000 Schülern und 500 Lehrkräften, 418 Grundschulen mit 95.000 Schülern und 3.900 Lehrkräften, ferner 13 Kindergärten mit 1.135 Kindern und 57 Lehrkräften.

Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung

In der kurzen Zeit nach dem Abzug der Indonesier hat es in Osttimor zwar einen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben, aber die Zahl der Personen, die ein eigenständiges, regelmäßiges Einkommen beziehen, liegt trotz allem bei nur rund 25.000, wobei sich das Durchschnittseinkommen lediglich auf 300 US\$ beläuft. Durch die Anwesenheit der vielen Tausend internationalen Mitarbeiter von UNTAET ist für einige Osttimoresen ein neues Arbeitsfeld entstanden, das aber nicht von Dauer sein kann. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit wird die Landwirtschaft der ca. 45.000 Kleinbauern, hier vor allem der Kaffeeanbau, wieder die Haupterwerbsquelle sein. Wann der von vielen für die Zukunft erwartete Tourismus tatsächlich Gewinn abwerfen wird, ist noch unklar. Ähnliches gilt für die Erträge aus der Gas- und Ölförderung aus dem Timor-Graben. Am 4. Juli 2001 haben Australien und Osttimor in Dili ein Abkommen über die Verteilung der Einnahmen aus den Öl- und Gasvorkommen in der Timor-Straße getroffen, das eine Laufzeit von 20 Jahren haben soll. Dieses Abkommen, das noch in weiteren Einzelheiten abgeklärt werden muss, soll 2002 mit der Erlangung der Unabhängigkeit von Osttimor in Kraft treten. Die Bedingungen des Vertrags legen fest, dass Osttimor 90% der Einnahmen erhalten soll, während Australien 10% bekommen wird. Australien hat in diesem Vertrag auf internationalen Druck hin Abstand von Ansprüchen auf höhere Anteile genommen, die den Australiern aus früheren Verträgen mit Indonesien zugestanden hätten. Denn nach dem mit Indonesien am 6. September 1988 abgeschlossenen Vertrag, hätte Australien 50% und Indonesien 50% der Erträge aus der Öl- und Gasförderung im Timor-Graben erhalten. Die Explorationen dort sind zwar weitgehend abgeschlossen, aber mit der eigentlichen Förderung wird wohl erst ab 2004 begonnen werden. Dann soll Ost-

timor jährlich, über einen Zeitraum von 20 Jahren, 180 Millionen US-Dollar für die Lizenzen und Abgaben erhalten, womit ein Gutteil des Staatshaushalts und des Neuaufbaus finanziert werden könnte. Für das kleine Land wäre dies die größte und wahrscheinlich sicherste Einnahme überhaupt. Denn, wenn man bedenkt, dass sich der gegenwärtige Jahresetat von Osttimor auf 65 Millionen US-Dollar beläuft, ist dies eine gewaltige Summe. Der gegenwärtige Jahreshaushalt für die Ausgaben der verschiedenen Institutionen von UNTAET liegt übrigens bei 563 Millionen US-Dollar.

Wie wird sich das Verhältnis zu Indonesien entwickeln?

Indonesien hat offiziell die Ablösung Osttimors aus seinem Staatsverband akzeptiert und sich verpflichtet, die Souveränität eines unabhängigen Osttimors zu respektieren. In ihrer ersten Regierungserklärung nach Amtsantritt hat Präsidentin Megawati Sukarnoputri im August 2001 die Sezession Osttimors noch einmal vor dem indonesischen Parlament anerkannt. Die beiden politischen Führer Osttimors, José „Xanana“ Gusmao und José Ramos Horta haben darauf sofort versöhnlich reagiert und ihrerseits erklärt, dass es für Osttimor entscheidend wichtig sei, in Zukunft ein gut nachbarliches Verhältnis zu Indonesien zu entwickeln. Angesichts der Massaker und Menschenrechtsverletzungen, die von Indonesien in der Zeit der Besatzung und besonders in der Übergangsphase begangen wurden, sind diese Gesten der Versöhnungsbereitschaft von großer Bedeutung²³.

Dies sind politische Erklärungen, die für den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zwischen den ungleichen Nachbarn hilfreich sein mögen, sie können aber nicht die realpolitischen Gegebenheiten verändern. Die besagen nun einmal, dass es Osttimor als kleiner Inselstaat sehr schwer haben wird, sich gegen das im Verhältnis zu ihm übermächtige Indonesien zu behaupten. Die Ombai-Wetar Straße wird von nun an unter der Jurisdiktion von Osttimor stehen. Das kann bedeuten, dass Australien diese Wasserstraße als Passage für seine Handels- und Marineflotte nutzen kann, um durch die Molukken-See in den Pazifik zu gelangen. Dies wirft für Indonesien Sicherheitsprobleme auf. Bisher hat es Indonesien vermieden, die pro-indonesischen Milizen zu entwaffnen, die aus Osttimor geflohen sind und jetzt in West-Timor Zuflucht gefunden haben. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr einer möglichen Invasion dieser frustrierten Kämpfer nach Osttimor. Sollte Osttimor sich stärker Australien zuwenden und mit ihm einen Sicherheitspakt eingehen, so würde dies sicher auf starken Widerstand in Indonesien stoßen.

Die Rolle der Katholischen Kirche in Osttimor

Vom privilegierten Partner zum Anwalt der Menschen

Die katholische Kirche auf Osttimor hat sich während der fast vierhundert Jahre portugiesischer Kolonialzeit (1586-1975) für die Kolonialherren immer als ein verlässlicher Partner erwiesen und genoss eine Reihe von Privilegien. So wurde sie jährlich vom portugiesischen Staat mit einer bestimmten Finanzhilfe unterstützt und brauchte selber keine Steuern zu zahlen. Ferner stellte der Staat Baugrund für Kirchen und andere Einrichtungen wie Schulen oder Hospitäler meistens kostenlos zur Verfügung, auch gab es Landzuweisungen zum Unterhalt der Kirche in Form von Kaffeeplantagen. Die Kosten des Transports von Missionaren nach Timor und bei Heimaturlauben wurden ebenfalls von der portugiesischen Kolonialverwaltung getragen. In Osttimor war die katholische Kirche durch das Konkordat von 1940, das in allen portugiesischen Missionsgebieten galt, offiziell mit der „Ausbildung der Einheimischen Bevölkerung“ betraut, was de facto ein Monopol auf dem Erziehungssektor für die katholische Kirche bedeutete. Die Architektur der Kirchen, die Gestaltung der Liturgie und die Volksfrömmigkeit auf der Insel waren ganz vom portugiesischen Vorbild geprägt. Die meisten Priester und Ordensleute waren Ausländer, in großer Zahl Portugiesen oder Italiener. Die Zahl der einheimischen Berufe war eher gering. Als die Zeit der portugiesischen Kolonialherrschaft zu Ende ging, fühlte die Kirche sich nicht gerade berufen, in prophetischer Sendung die Konturen der neuen Zeit aktiv mitzugestalten.

So war es einigermmaßen überraschend, dass die katholische Kirche in den politischen Umwälzungen der 70er Jahre eine so entscheidende Rolle hat spielen können. Die Ereignisse und die besondere Wendung, die der Prozess der Entkolonialisierung durch die indonesische Invasion in Osttimor nahm, zwangen die katholische Kirche fast gegen ihren Willen, Stellung zu beziehen, sich für die Menschen einzusetzen und über die direkt pastoralen Aufgaben hinaus in einem Bereich tätig zu werden, der trotz gegenteiliger Behauptung seitens der kirchlichen Stellen politisch genannt werden musste. Denn in den politischen Umwälzungen und der militärischen Unterdrückung nach der indonesischen Invasion Osttimors erwies sich die katholische Kirche als die einzige Verteidigerin der Rechte der gesamten Bevölkerung.

Zunächst verlor zwar die katholische Kirche Osttimors mit dem Beginn der indonesischen Herrschaft auf der Insel im Jahr 1975 ihren privilegierten Status, den sie während der portugiesischen Kolonialzeit genossen hatte. Das war auf der einen Seite ein Verlust, bedeutete aber zugleich einen Zuwachs an Glaub-

würdigkeit, da die Protektion durch die Kolonialmacht die Kirche in ihrem prophetischen Zeugnis immer wieder behindert hatte. Die kirchlichen Strukturen litten zwar auch unter den neuen unregelmäßigen Verhältnissen, erwiesen sich aber im wesentlichen als die einzig tragfähige Organisationsform nach dem Zusammenbruch der alten Strukturen. In der schlimmen Zeit des Bürgerkrieges und des nachfolgenden Kampfes der Fretilin-Guerilla konnten kirchliche Stellen immer wieder auch materielle Hilfe für die von Hungersnot bedrohten Menschen leisten. In der traurigen Geschichte der zahllosen Menschenrechtsverletzungen durch indonesisches Militär und indonesische Polizei hatte sich die katholische Kirche als Anwalt des Volkes, als Mahner, kritischer Beobachter und Schutzmacht bewährt. Grausamkeit und Menschenverachtung seitens der indonesischen Soldaten und Beamten machten alle Erwartungen, die Bevölkerung Osttimors könne sich mit der Zugehörigkeit zu Indonesien abfinden, zunichte.

Da in Indonesien jeder Staatsbürger einer der fünf vom Staat anerkannten Religionen – Islam, Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus und Buddhismus – angehören muss, standen die Angehörigen der traditionellen Religionen vor der Frage, welcher sie sich anschließen wollten. Da der Islam in ihren Augen vor allem als die Religion der indonesischen Staatskräfte von Militär und Polizei erschien, war er für die meisten nicht gerade die erste Wahl. Es war also nicht an erster Stelle die Einsicht in die Wahrheit und Überlegenheit des katholischen Glaubens, welche die Osttimoresen zur Kirche brachte. Es war eher die Erkenntnis, dass die katholische Kirche das einzige Gegengewicht gegen die indonesische Unterdrückung darstellt und als Anwalt für den Erhalt der kulturellen und religiösen Eigenart der Osttimoresen eintrat und ihr Anliegen auch vor der internationalen Öffentlichkeit vertreten konnte. In der Folge kam es zu einer großen Bekehrungswelle, bei der die Zahl der Katholiken von 30% zu Beginn der indonesischen Herrschaft auf heute 85% der Bevölkerung von Osttimor gewachsen ist.

Die traditionellen Religionen in Osttimor wurden durch die in Indonesien unter der Pancasila-Ideologie geltende Regelung, nach der nur Religionen, die an Gott glauben, vom Staat anerkannt werden, de facto zu illegitimen Religionen. In ihrer großen Mehrheit haben sich die Angehörigen der traditionellen Religionen für die katholische Kirche entschieden. Neben der Abneigung gegen den Islam als Religion der Unterdrücker, spielte dabei eine Rolle, dass eine Reihe katholischer Bräuche und Rituale eine gewisse Affinität mit der traditionellen Religiosität in Osttimor haben. Während des Unterrichts der Taufanwärter nutzten die Katechisten diese Tatsache, um den Übergang in die neue Religion für die Mitglieder der alten traditionellen Religionen zu erleichtern. Die neue Zeit auf Osttimor hat zudem die Grundlagen der alten religiösen, kulturellen und moralischen Ordnung weitgehend zerstört oder doch so verändert, dass auf der Suche nach neuer Orientierung die Menschen hier nur wenig Wegweisung erfahren konn-

ten. Die große Bekehrungswelle aus den Kreisen der Bevölkerung, die bis dahin in traditioneller, animistischer Religiosität gelebt hatte, bedeutet nicht das Ende der damit verbundenen Rituale, Bräuche und Vorstellungen. Untersuchungen von Ethnologen, wie z.B. der Amerikanerin Elisabeth Traube, die erstmals 1974, d.h. vor der Invasion der Indonesier, ausführliche Feldstudien in verschiedenen Dörfern auf Osttimor gemacht hat und kürzlich die gleichen Dörfer wieder besuchte, ergaben, dass die alte Volksfrömmigkeit animistischer Prägung immer noch sehr lebendig geblieben ist. Auch wenn sich die Bauern auf dem Land sich zum Katholizismus bekehrt haben, bedeutet dies noch nicht die Befreiung von der Vorstellungen, dass es böse Geister gibt, die durch bestimmte Rituale besänftigt werden müssen. Bei wichtigen Ereignissen im privaten Leben, bei der Ernte und dem Beginn eines Hausbaues werden auch weiterhin bestimmte Rituale mehr oder weniger offen beachtet und befolgt.

Der Beitrag der Kirche im Befreiungskampf

1983 wurde der katholische Bischof Costa Lopes auf Drängen der indonesischen Regierung und des Militärs als „unerwünschte Person“ seines Amtes als Apostolischer Administrator der Diözese Dili enthoben. Der zu seinem Nachfolger bestellte Carlos Ximenes Belo SMB war ein noch sehr junger Priester, der seine Fachausbildung als Theologieprofessor gerade in Rom abgeschlossen und insgesamt 13 Jahre in Portugal und Rom gelebt hatte. Erst 1981 war Belo wieder nach Osttimor zurückgekommen und in der Jugendarbeit seines Ordens der Salesianer von Don Bosco eingesetzt worden. Für die katholische Kirche und die Gläubigen war die Ernennung dieses jungen Priesters, der zwar in der Jugendarbeit Gutes leistete, aber sonst doch noch sehr unerfahren schien, zunächst schwer verständlich.

Der neue Administrator war erst drei Jahre vor seiner Bischofsernennung zum Priester geweiht worden und hatte in der kurzen Zeit danach kaum große Erfahrungen gewinnen können, die ihn für das schwierige Amt des einzigen Bischofs in Osttimor qualifiziert erscheinen ließen. Als Mitglied des Salesianerordens, an deren Schulen und Universitäten er während seiner gesamten Ausbildung ausschließlich studiert hatte, war er wenig mit dem Diözesanklerus in Berührung gekommen und kaum mit den Verwaltungsaufgaben einer Diözese vertraut. Warum der neue Administrator von Rom ernannt worden war, wollte zunächst niemandem einleuchten. Der Wunschkandidat des diözesanen Klerus war Carlos Filipe Ximenes Belo sicher nicht, im Gegenteil, den Katholiken Osttimors war er zum Zeitpunkt seiner Ernennung ein vollkommen unbeschriebenes Blatt.

Aber schon bald zeigte sich, dass der neue Bischof sehr wohl fähig und bereit war, für die Rechte seiner Landsleute gegenüber den indonesischen Behörden

einzutreten. So unterstützte Bischof Belo den Brief des Klerus von Osttimor aus dem Jahr 1985, in dem die indonesische Besatzung aufs heftigste kritisiert wird. In diesem Brief wird von der Gefahr gesprochen, dass es zu einer „langsamen ethnischen, kulturellen und religiösen Ausrottung“ kommen werde. In späteren Hirtenbriefen kritisierte Bischof Belo immer wieder die Missstände der indonesischen Militärverwaltung wie z.B. Politik der Geburtenkontrolle, bei der er Ansätze für eine erzwungene Sterilisierung der Bevölkerung entdeckte. Bischof Belo wurde daraufhin immer schärfer vom indonesischen Sicherheitsapparat überwacht und kontrolliert. Darunter litt auch sein Verhältnis zur indonesischen Bischofskonferenz, in der er einen Gaststatus hatte. Die indonesischen Bischöfe waren nicht mit Belos kritischer Haltung gegenüber den indonesischen Integrationsbemühungen einverstanden, sondern befürworteten ihrerseits die Abberufung von portugiesischen Priestern aus Osttimor, um die Eingliederung der Insel in den indonesischen Staatsverband zu fördern.

Die Interessen der indonesischen Bischöfe, die sich als Anwälte der katholischen Minderheit im islamisch geprägten Indonesien sahen, gingen eher dahin, ihre nationale und patriotische Gesinnung gegenüber Kritikern aus den islamischen Reihen im Land zu beweisen, als sich für ihre Glaubensgenossen in Osttimor einzusetzen. Als kleine Minderheit von gerade 3,6% der Bevölkerung vermied es die katholische Kirche in Indonesien, durch klare prophetische Stellungnahmen den Unmut der muslimischen Mehrheit zu wecken und damit ihre eigene Position zu gefährden. Die katholische Kirche in Indonesien hat sich nämlich von Anfang an als staatstragende Kraft verstanden und ist stolz auf die Rolle, die Katholiken im Unabhängigkeitskampf und bei der Entstehung der Nation gespielt haben. Der Widerstand der Katholiken in Osttimor gegen eine Integration in den indonesischen Staat war für sie daher nicht leicht zu verstehen.

Es war dieser Zwiespalt, der eine eindeutige Haltung der indonesischen katholischen Kirche gegenüber den Menschenrechtsverletzungen immer wieder behinderte. Erst in den letzten Jahren der indonesischen Besatzung haben die indonesischen Katholiken mehr Verständnis für die abweisende Haltung der Katholiken auf Osttimor entwickelt. Mehr Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse kamen ins Land, das allgemeine Interesse konzentrierte sich stärker auf Osttimor und das Regime Suhartos büßte durch Korruptionsskandale immer mehr an Glaubwürdigkeit und Rückhalt in der Bevölkerung ein. So hat sich die indonesische Bischofskonferenz angesichts der Menschenrechtsverletzungen in Osttimor im September 1995 in einem Hirtenbrief kritisch zu Wort gemeldet. Die indonesischen Bischöfe protestierten gegen die wiederholten Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung und forderten von der indonesischen Regierung eine Änderung in der Einwanderungspolitik. Die forcierte Einwanderung von Muslimen nach Osttimor führte nämlich zu Problemen und forderte

den Widerstand der Osttimoresen heraus, die sich in ihrem eigenen Territorium an den Rand gedrängt fühlten.

Kirche in der Übergangszeit zur Unabhängigkeit

Was die Rolle der Kirche in einem selbständigen Osttimor angeht, so haben die beiden Bischöfe, Carlos Filipe Ximenes Belo von Dili und Basilio do Nascimento von Baucau²⁴, deutlich gemacht, dass die katholische Kirche sich aus der Tagespolitik möglichst zurückziehen möchte. In der Übergangszeit haben sich beide Bischöfe mehrfach mit Mahnungen an die Politiker zu Wort gemeldet und sie aufgefordert, die Interessen des Landes im Blick zu behalten und ihre parteipolitischen Ambitionen zu zügeln, damit sie nicht das Gemeinwohl gefährdeten. Beide Bischöfe haben sich aktiv eingesetzt, Versöhnung und Verständigung zwischen den verfeindeten Gruppen im Land herzustellen. Dabei machte vor allem Bischof Belo²⁵ mehrfach darauf aufmerksam, dass eine echte Versöhnung keinen Verzicht auf die juristische Aufarbeitung und Verurteilung begangener Straftaten bedeuten könne. Voraussetzung für einen echten Frieden und ein Zusammenleben in Harmonie unter den Volksgruppen sei eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem geschehenen Unrecht. Beide katholischen Bischöfe haben sich in Aufrufen an die Flüchtlinge in West-Timor dafür eingesetzt, dass möglichst viele von ihnen nach Osttimor zurückkamen.

Was die Zusammenarbeit der katholischen Kirche mit den vielen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) im Land angeht, ist das Bemühen erkennbar, nicht zu stark als Projekteigentümer aufzutreten und die direkte Zusammenarbeit auf die kirchlichen Organisationen zu beschränken, mit denen die katholische Kirche in Osttimor auch in der Vergangenheit schon zusammengearbeitet hat. Für die Zukunft bahnt sich eine Klärung der kirchenpolitischen Situation von Osttimor an. Gegenwärtig sind die beiden Diözesen Dili und Baucau kirchenrechtlich gesehen „Apostolische Administraturen“, die direkt dem Papst unterstehen und keine eigenständigen Diözesen im engeren Sinn. Durch die geplante Errichtung einer dritten Diözese in naher Zukunft wird die notwendige Zahl von drei Diözesen erreicht werden, die es möglich machen wird, Osttimor als eigenständiger Kirchenprovinz kirchenrechtliche Selbständigkeit zu geben.

In der Vergangenheit hatten die Bischöfe Belo und Nascimento Besucherstatus in der indonesischen Bischofskonferenz. Dies ist seit den Ereignissen im September 1999 zum Erliegen gekommen. Auch innerhalb der Vereinigung Asiatischer Bischofskonferenzen (FABC) ist Osttimor nicht Mitglied. Ein vor einigen Jahren gestellter Antrag auf den Status „assoziierter Mitgliedschaft“ ist damals wegen der unklaren politischen Verhältnisse abschlägig beschieden worden. Es ist zu erwarten, dass Osttimor nach der Errichtung einer eigenständigen

Kirchenprovinz dann vollwertiges Mitglied innerhalb der FABC werden kann. Das würde die gegenwärtige Isolierung der katholischen Kirche Osttimors im asiatisch-pazifischen Raum durchbrechen und einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Normalisierung bedeuten.

Der steinige Weg in die Demokratie

Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung am 30. August 2001

Am 30. August 2001, dem 2. Jahrestag des Referendums, in dem sich die große Mehrheit der Bevölkerung Osttimors für die Unabhängigkeit und gegen den Verbleib im indonesischen Staatsverband entschieden hatte, fand die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung (Constituent Assembly) statt, an der 91% oder 382.968 der 421.018 wahlberechtigten Bewohner Osttimors teilnahmen. Die Wähler, von denen die Hälfte Analphabeten sind, waren aufgerufen, in direkter Wahl die 88 Mitglieder dieses Gremiums zu wählen, dessen Aufgabe es sein wird, die Verfassung des neuen Staates Osttimor auszuarbeiten. Auffallend war die hohe Zahl von 16 politischen Gruppierungen und Parteien, die sich an dieser Abstimmung beteiligten²⁶. Der Verlauf der ersten freien demokratischen Wahlen verlief ruhig. Die Befürchtungen, dass pro-indonesische Milizen aus den Flüchtlingslagern in West-Timor versuchen könnten, bewaffnet nach Osttimor vorzudringen, um die Wahlen zu stören, bewahrheiteten sich nicht. Innerhalb Osttimors blieb es an den verschiedenen Wahllokalen in der Hauptstadt Dili ruhig, auch in Liquica und Bacau, wo es zwei Jahren zuvor ebenfalls zu schweren Gewalttaten gekommen war, so dass die Wahlen ohne größere Störungen stattfinden konnten. Dies ist jedenfalls das einhellige Urteil der vielen internationalen Beobachter. Vorwürfe, dass es Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen gegeben habe, weil einige zweimal gewählt hätten, Wahlurnen nicht vorschriftsmäßig versiegelt worden seien und dass die Fretilin die Bevölkerung eingeschüchtert habe, kamen nur aus dem Lager der Timoresischen Demokratischen Unionspartei (UDT) und von deren Führer Joao Carrascalao. Seitens der unabhängigen Wahlkommission der Vereinten Nationen wurden diese Vorwürfe jedoch zurückgewiesen.

In den Flüchtlingslagern in West-Timor wurden von Angehörigen der pro-indonesischen Milizen, die seit zwei Jahren dort in Flüchtlingslagern leben, als Zeichen des Protests rot-weiße indonesische Fahnen gehisst und der Wahltag als „Trauertag für Osttimor“ bezeichnet. Enrico Guterres, der ehemalige Führer der berühmten Aitarak-Miliz, erklärte in einem Interview in Jakarta, wo er – immer noch nicht für seine Taten gerichtlich verurteilt –, im Hausarrest lebt, dass die

Wahlen in Osttimor keineswegs frei seien, sondern von den Vereinten Nationen der Bevölkerung verordnet. Aus den Wahlen würde kein freies unabhängiges Osttimor hervorgehen, vielmehr ein Reservat der Vereinten Nationen, in dem die Einwohner einen Status wie die australischen Aborigines hätten. Ihn selber müsse das nicht kümmern, da er die indonesische Staatsangehörigkeit besitze.

Bis zum 31. Januar 2002, dem Ende des Mandats der Vereinten Nationen, bleibt Osttimor aber unter der Herrschaft der UNTAET, die zu einem immer noch nicht genau festgelegten Termin die Unabhängigkeit gewähren und die erste Regierung ernennen wird. Am 8. Juli 2001 hatten sich die 16 an der Wahl teilnehmenden Parteien in einem Pakt der Nationalen Einheit verpflichtet, Gewalt zu vermeiden und friedlich Wahlkampf zu führen.

Am 25. August, wenige Tage vor der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung, hat der frühere Führer der Unabhängigkeitsbewegung, José „Xanana“ Gusmao²⁷, der selber nicht für einen der 88 Plätze in diesem Gremium kandidierte, seine Bereitschaft zur Kandidatur für das Amt des ersten Präsidenten eines unabhängigen Osttimors erklärt. Dieser Erklärung vorausgegangen war eine längere Periode des „Zierens“, in der José Xanana Gusmao aus Unmut und Angewidertsein über das unwürdige Parteiengezänk der verschiedenen politischen Gruppen im April das Interim-Parlament Osttimors verlassen und kategorisch erklärt hatte, dass er für das Amt des Präsidenten nicht mehr zur Verfügung stehe. Geglaut hat man in der Bevölkerung und in der politischen Klasse diese Verzichtserklärung eigentlich nie. Schließlich war Xanana Gusmao durch seinen Widerstandskampf mit der Guerrilla-Organisation Falantil, seine Verurteilung und die lange Zeit im Gefängnis die herausragende politische Gestalt in Osttimor. José Xanana Gusmao hat durch sein Verhalten nach seinem erklärten Rücktritt von einer möglichen Kandidatur durch wiederholte politische Äußerungen zu aktuellen Fragen und Geschehnissen im Lande²⁸ alles getan, damit sein Name nicht in Vergessenheit geriet. Das ganze Manöver diente letztlich nur der Aufbesserung der eigenen Chancen, die jetzt als ein Eingehen „auf des Volkes Wunsch“ und weniger als Ausdruck des persönlichen politischen Ehrgeizes erscheint.

Einsetzung einer Übergangsregierung

Wie allgemein erwartet, gewann die Revolutionäre Front für ein Unabhängiges Osttimor, besser bekannt unter der Abkürzung Fretilin, mit 57,37% der abgegebenen Stimmen die klare Mehrheit. Mit 55 der 88 Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung wird die Fretilin stärkste Gruppierung sein. Allerdings hat sie die Zweidrittelmehrheit, die ihr weitgehende Freiheiten bei der Gestaltung der Verfassung gegeben hätte, klar verfehlt. Zweitstärkste Partei wurde mit 8,72% und sieben Sitzen die Demokratische Partei, dicht gefolgt von der Sozi-

aldemokratischen Partei, die 8,18% und sechs Sitze erreichte. Auf die gleiche Zahl von Sitzen kam auch die Sozialdemokratische Vereinigung. Dagegen erhielt die Konservative Timoresische Demokratische Partei, die 1975, in der kurzen Phase der vorläufigen Unabhängigkeit vor der indonesischen Invasion, gegen die Fretilin gekämpft hatte, gerade mal 2 Sitze. Inzwischen hat die Verfassungsgebende Versammlung, die in der Übergangsphase de facto das Parlament Osttimors darstellt, am 17. September ihre Arbeit aufgenommen.

Als Sprecher wurde bei der konstituierenden Sitzung der Führer der Fretilin Francisco Guterres gewählt. Am 20. September 2001 hat Sergio Vieira de Mello, der Leiter der Mission der Vereinten Nationen in Osttimor, Mari Alkatiri zum Ministerpräsidenten der zweiten Übergangsregierung ernannt, die das Land voraussichtlich nächstes Jahr in die Unabhängigkeit führen soll. Alkatiri, der bis dahin das Amt eines Generalsekretärs der Fretilin-Partei innehatte, steht einer Regierung vor, die aus zehn Ministern, sieben stellvertretenden Ministern und drei Staatssekretären bestehen wird. Sergio Vieira de Mello stellte das neue Kabinett als die „erste wirklich repräsentative und freigewählte Regierung in der Geschichte von Osttimor“ vor. Das Amt des Außenministers bleibt bei José Ramos Horta, der diese Funktion schon in der ersten Übergangsregierung innehatte. Zugleich wird er als stellvertretender Ministerpräsident fungieren. José Xanana Gusmao wird der neuen Regierung nicht angehören. Das Angebot, die Leitung einer Planungskommission für Entwicklungsfragen in der neuen Regierung zu übernehmen, hat er abgelehnt. Dagegen wird er dem nichtstaatlichen Beratungsgremium angehören, das in Fragen der Entwicklung zwischen der Regierung und dem Volk vermitteln soll.

Die große Aufgabe: Frieden und Versöhnung unter den Volksgruppen

Es wird noch lange Zeit dauern, bis die Wunden der jüngsten Vergangenheit geheilt sein werden, weil die Erinnerung an die Zerstörungen, Vertreibung von Menschen, Verletzungen und Morden an der Zivilbevölkerung während der Zeit des Übergangs nach dem Referendum vom August 1999 nicht geheilt sind. Es ist gegenwärtig sicher eines der vorrangigsten Probleme in Osttimor diese Erfahrungen der Menschenrechtsverletzungen psychologisch und juristisch aufzuarbeiten²⁹. Wenn es auch richtig ist, dass indonesische Militärs, Beamte und Einzelpersonen die Anstifter waren, so waren die aus Osttimoresen bestehenden Milizen im wesentlichen für die meisten der unvorstellbaren Grausamkeiten verantwortlich. Als deutlich wurde, dass die indonesische Seite verloren hatte, haben viele von ihnen Osttimor verlassen und sind meist nach West-Timor geflohen. Etliche von ihnen möchten zurückkehren, eine ganze Reihe hat diesen

Schritt getan. Hier stellt sich nun das Problem der Versöhnung, das sich mit der Forderung nach juristischer Aufarbeitung der Gräueltaten nur schwer verbinden lässt.

Personen wie Bischof Belo rufen immer wieder dazu auf, Anstrengungen zu machen, um zur Versöhnung zu finden. Schaut man in die Geschichte von Osttimor, so war die Insel in der Vergangenheit für die Kopffjägerei berühmt. Zwischen den verschiedenen Volksgruppen kam es immer wieder zu Kämpfen, in denen es Tote gab, denen man die Köpfe abschnitt. In dieser Zeit gab es eine Reihe von Bräuchen, den Frieden wiederherzustellen und zur Versöhnung zu gelangen. Eine Versöhnung galt dann als vollzogen, wenn sich die ehemaligen Gegner die erbeuteten Köpfe gegenseitig aushändigten. Auf symbolische Weise müsste eine ähnliche Zeremonie wohl auch heute vollzogen bzw. entwickelt werden, um eine erreichte Versöhnung auch nach außen hin zu dokumentieren³⁰. Es gibt einige Initiativen, die Versöhnung zwischen den Volksgruppen auf Timor herzustellen.

Auf Initiative der *Agentur für Internationale Entwicklung der Vereinigten Staaten* (USAID) haben gut 300 osttimoresische Flüchtlinge, die jetzt in West-Timor leben, aber in grenznahen Gebieten zwischen Ost- und West-Timor ihr Zuhause hatten, sich im August 2001 in Haekesak zu einem Dialog mit West-Timoresen getroffen. Dabei beriefen sie sich auf ihre gemeinsame Zugehörigkeit zum selben Clan, um miteinander ein Abkommen zu treffen, in Zukunft friedvoll miteinander zu leben. Diese verwandtschaftlichen Beziehungen bestünden zwischen ihnen schließlich schon seit undenklichen Zeiten, sicher schon vor dem Kommen von Portugiesen und Niederländern, d.h. vor der Trennung der Insel in Ost- und West-Timor. Bei dieser Begegnung wurde von vielen der Teilnehmer betont, dass ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Volksteile auf der Grundlage der traditionellen Vorstellungen über Familienbande und Ahnenverehrung zu verwirklichen sei. Es bestehe die Gefahr, dass die aus dem Exil zurückkehrenden Politiker zu sehr auf Elemente fremder Kulturen zurückgreifen würden und so die kulturelle Identität gefährden.

Eine wirkliche Aufarbeitung der Traumata nach den grausamen Geschehnissen und Verbrechen während der Zeit der indonesischen Besatzung wird eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Eine bloß juristische Ahndung der Verbrechen wird nicht ausreichen, so notwendig sie als Voraussetzung für einen Neuanfang auch ist. Parallel dazu wird es notwendig sein, für die verschiedenen Gruppen in der Bevölkerung Programme der Versöhnungsarbeit durchzuführen. Die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (Justice and Peace Commission) der Diözese Dili führt in einem ganzheitlichen Ansatz für verschiedene Gruppen in Dili und den umliegenden Dörfern ein Programm durch, bei dem es um gewaltlose Konfliktstrategien, Umgang mit Trauer, Wut und Ärger, auch um theologische

Aspekte der Versöhnung geht. Für das ganze Land gibt es, wohl angeregt vom südafrikanischen Vorbild, ein Nationales Wahrheits- und Versöhnungs-Komitee (National Committee of Truth and Reconciliation), das Berichte über Gewalt, Zwangsvertreibung, Vergewaltigungen, Morde und Plünderung, Entführungen und Verschwinden von Einzelpersonen – kurz alle Menschenrechtsverletzungen der letzten Jahre sammelt.

Eine langfristige Aufgabe wird die Erziehung auf dem Gebiet der Menschenrechte sein. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und religiösen Aspekte der Menschenrechte in eine konkrete Beziehung zu den kulturellen und religiösen Traditionen und gesellschaftlichen Bräuchen Osttimors gesetzt werden. Die Entwicklung einer eigenständigen nationalen osttimoresischen Identität wird davon abhängen, ob es gelingt im Zusammenspiel von altbewährter Tradition und vielfältigen neuen Ideen eine eigenständige Identität als Bürger eines eigenständigen Staates zu entwickeln.

Juristische Schritte gegen die Verantwortlichen

Direkt nach dem Abzug der indonesischen Verwaltung und der Militärs herrschte in der internationalen Öffentlichkeit Konsens, dass die für die Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen juristisch belangt werden müssten. Es gab viele Stimmen, die ein internationales Tribunal forderten, um sicherzustellen, dass sich die indonesischen Militärs und Verwaltungsbeamten in einem ordentlichen Gerichtsverfahren hätten verantworten müssen. Ein solches internationales Tribunal ist nie zustande gekommen, nicht zuletzt, weil die USA nicht darauf drängten. Sie machten geltend, dass es für die junge Demokratie in Indonesien eine zu große Belastung sein würde, wenn sich die führenden Militärs des Landes vor einem internationalen Gericht wiederfinden würden. Dies könne sehr leicht zu einem Militärputsch in Indonesien führen. Die indonesische Regierung ihrerseits hatte sich immer vehement gegen ein internationales Gerichtsverfahren gestellt und versprochen, auf nationaler Ebene die notwendigen juristischen Schritte zu unternehmen, damit alle für Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen eine gerechte Strafe erhielten.

Dieses Versprechen, das ursprünglich Präsident Abdurrahman Wahid gegeben hatte, wurde von seiner Nachfolgerin Sukarnoputri wiederholt, aber von keinem wirklich eingelöst. Abdurrahman Wahid hat im Jahr 1999 ein Präsidenten-Dekret erlassen, in dem ein „Ad hoc Menschenrechtstribunal zu Osttimor“ eingerichtet wurde, wobei der Zeitraum für die zu verfolgenden Menschenrechtsverletzungen auf die Zeit nach dem 30. August 1999, dem Tag des Referendums festgelegt wurde. Nach ihrer Wahl zur Präsidentin hat Megawati

Sukarnoputri diesen Zeitraum erweitert, indem sie anordnete, Verbrechen zwischen den Monaten April bis September 1999 juristisch zu verfolgen und zu ahnden, gleichzeitig aber bestimmte, dass dies nur für 3 der 13 Bezirke auf Osttimor gelten solle. Diese Maßnahme wird aber mehr als ein nur äußerliches Eingehen auf die internationale Kritik gesehen, denn als ein Versuch, tatsächlich die begangenen Verbrechen aufzuklären und die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen zu wollen.

Von der präsidentialen Verordnung betroffen wären jetzt die Verbrechen der pro-indonesischen Milizen, während die Vergehen hoher indonesischer Militärs und Verwaltungsbeamter weiterhin nicht geahndet würden. Darunter würden die Deportationen von ca. 200.000 Osttimoresen im September 1999 fallen und auch die Taten zu Beginn des Jahres 1999, als das indonesische Militär die Milizen in Osttimor aufgebaut, ausgebildet und mit Waffen versorgt hat.

Erst fast zwei Jahre nach dem Abzug der Indonesier begann ein von der UNTAET eingesetztes Gericht mit seiner Arbeit. Ein erster Prozess wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Mord, Vergewaltigung und Vertreibung gegen 50 Angeklagte wurde unter dem Vorsitz von Generalstaatsanwalt Mohamed Othman³¹ aus Tansania, unterstützt von 13 Juristen und 20 polizeilichen Ermittlern, in Dili eröffnet. Der Beginn eines Gerichtsverfahrens in Osttimor war dadurch erschwert, dass es im Lande selber keinerlei Infrastruktur mehr gab, auf die die internationalen Richter hätten zurückgreifen können. Alle Verwaltungsgebäude in Dili waren von den Indonesiern vor ihrem Rückzug zerstört worden, einheimische Richter hatte es nie gegeben, alle Register waren vernichtet worden. Im Vorfeld der Prozesse hatten Gerichtsmediziner, Pathologen und andere Fachkräfte etwa 300 Gräber ausgehoben und 260 Opfer identifizieren können. Es ergingen auch die ersten 12 Urteile, bei denen Haftstrafen zwischen sieben und fünfzehn Jahren ausgesprochen wurden.

Aus stehen aber weiterhin Verfahren, in denen „Verbrechen der indonesischen Streitkräfte“ und „Verbrechen der einheimischen Milizen“ verhandelt werden müssten, die in die Zeit vor dem Referendum vom August 1999 begangen wurden. Darunter fallen die Morde in Los Palos und Liquica, die Zerstörung der Häuser von Bischof Carlos Filipe Belo und des Politikers Manuel Carrascalao, Massenverbrennungen in Kirchen und Serien von Vergewaltigungen überall im Land. Ziel der Operationen im Vorfeld des Referendums war damals, die Bevölkerung einzuschüchtern und zur Stimmabgabe für Indonesien zu bewegen. Als das Ergebnis dann trotzdem gegen Indonesien ausgefallen war, kam es zu Racheakten an der osttimoresischen Bevölkerung, um sie für ihre Entscheidung gegen Indonesien zu bestrafen, wobei so gut wie das ganze Land in Schutt und Asche gelegt und mehr als 200.000 Osttimoresen vertrieben wurden.

Dass es sich dabei nicht um „spontane“ Reaktionen zügelloser Milizen und unbotmäßiger Militärs gehandelt hat, zeigt sich darin, dass es detaillierte Pläne des indonesischen Militärs gab, in denen einzelne Maßnahmen im Vorfeld schon festgelegt waren. Inwieweit diese Pläne den USA und Australien bekannt waren, ist zwar strittig, unstrittig ist aber, dass die Führung des indonesischen Militärs, besonders der Chef der Streitkräfte General Wiranto davon Kenntnis gehabt haben müssen. Vor dem Gericht in Osttimor werden allerdings nicht die eigentlich Verantwortlichen auf der höchsten Kommandoebene angeklagt, weil sie sich in Indonesien außerhalb der Reichweite dieses Gerichts befinden. Angeklagt sind bisher nur Angehörige der einheimischen Milizen, die von Indonesien ausgebildet, ausgerüstet und befehligt wurden und die die Drecksarbeit erledigt haben. Bei dem Verfahren gegen das sog. Alpha-Team, eine Gruppe von 10 Milizionären unter der Führung von Joni Marques, ging es um die Ermordung von Priestern, um Folter, Entführung und Vertreibung ganzer Dorfgemeinschaften. Auch wenn die Milizionäre die eigentlichen Täter waren, stellte sich im Verfahren doch heraus, dass indonesische Soldaten, Offiziere, Polizisten und besonders die Angehörigen von Spezialeinheiten wie Kopassus beteiligt waren.

Entgegen den abgegebenen Versprechen, für Sicherheit und Schutz der Bevölkerung zu sorgen, haben die indonesischen Militärs den Ausschreitungen in keiner Weise Einhalt geboten, sondern die Aktionen direkt mit der Lieferung von Waffen unterstützt oder durch Wegschauen erst ermöglicht. Das Gericht unter Generalstaatsanwalt Othman kann zwar nicht direkt die verantwortlichen höheren indonesischen Militärs verurteilen. Aber in den Verfahren gegen die unteren Chargen wird die Verantwortung dieser nicht vor Gericht anwesenden Personen aktenkundig gemacht, Anklageschriften und Haftbefehle gegen sie erstellt, die vor jedem internationalen Gericht Bestand haben können. In Indonesien können sich die verantwortlichen Militärs wahrscheinlich weiterhin ihrer Verantwortung entziehen. Bei Reisen ins Ausland müssen sie dagegen damit rechnen, verhaftet und vor ein internationales Gericht gestellt zu werden. Der Druck auf die indonesische Regierung ihrerseits gegen diese Personen vorzugehen, wird mit jedem Urteil wachsen, das in Dili gesprochen wird. Es liegt an der internationalen Staatengemeinschaft, Druck auf Jakarta auszuüben, damit die auf Osttimor geschehenen Menschenrechtsverletzungen gesühnt werden. Die Kirche und andere Gruppen haben mehrfach gefordert, die für die Menschenrechtsverletzungen auf Osttimor Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. Versöhnung und innerer Friede könne auf Osttimor nur entstehen, wenn dies endlich geschehe.

In Osttimor ist es in den letzten Monaten zu einer kontroversen Diskussion über die Frage gekommen, ob die juristische Verfolgung der Verantwortlichen für die Massaker in der Zeit vor dem Referendum und direkt danach notwendig

und geboten sei, damit es zu einer wirklichen Versöhnung komme. Die Fronten verlaufen dabei etwas überraschend, weil José Xanana Gusmao, der lange Jahre im indonesischen Gefängnis verbracht hat, für eine mehr oder weniger allgemeine Amnestie eintritt, während der Friedensnobelpreisträger Bischof Carlos Belo darauf besteht, dass die früheren Angehörigen der Milizen, die indonesischen Soldaten und Polizisten und vor allem die kommandierenden Generäle vor ein Gericht gestellt werden sollten. Schließlich seien im September 1999 allein mindestens 3.000 Menschen getötet, ungezählte Frauen vergewaltigt und über 500.000 Personen aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben worden. Diese Verbrechen müssten gesühnt werden und die dafür Verantwortlichen vor ein Gericht gestellt werden. Am besten geschehe dies – und dabei wird Bischof Belo von vielen Timoresen unterstützt – durch die Einrichtung eines internationalen Tribunals, das dann die Verbrechen gegen das Volk von Osttimor, aber auch gegen die gesamte internationale Gemeinschaft juristisch ahnden könne. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass ein internationales Tribunal, das von Indonesien heftig abgelehnt wird, zustande kommen kann, wenn José Xanana Gusmao, der wohl der erste Präsident eines unabhängigen Osttimors sein wird, dies nicht oder nur sehr halbherzig unterstützt.

Portugiesisch als Landessprache und Dollar als Landeswährung

Es ist bezeichnend für die Übergangssituation, in der sich Osttimor gegenwärtig zu Beginn seiner Nationenwerdung befindet, dass es als nationale Sprache das Portugiesische und als Landeswährung den US-Dollar wählt. Was die Währung angeht, so sah sich die UNTAET im August 2001 gezwungen, Strafen gegen alle Kaufleute und Händler anzukündigen, die gegen die Vorschrift, alle Transaktionen in US-Dollar abzuwickeln verstoßen und fortfahren in indonesischen Rupiahs, portugiesischen Escudos oder australischen Dollars zu handeln. Es fehlt an Münzgeld, um auch kleinere Geschäfte unter einen Dollar abzuwickeln. Beim Handel mit anliegenden indonesischen Inseln ist es bequemer, die Geschäfte in indonesischen Rupiahs zu machen. Dennoch mag es in relativ kurzer Zeit möglich sein, die Bevölkerung Osttimors an den Dollar als nationale Währung zu gewöhnen.

Bedeutend mehr Probleme wird aber die Sprachenfrage mit sich bringen. Es mag für die aus dem Exil in Portugal oder portugiesisch-sprechenden Ländern zurückkehrenden Exilanten naheliegend oder selbstverständlich sein, Portugiesisch als Landessprache für ein unabhängiges Osttimor vorzuschlagen. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist dies aber ganz und gar nicht einleuchtend. Schließlich ist seit der indonesischen Invasion im Jahre 1975 die offizielle Unterrichtssprache in den Grundschulen und den weiterführenden Schulen bis hin

zur Universität Bahasa Indonesia gewesen. Das bedeutet, dass alle Osttimoresen in der Altersstufe bis zu 30 Jahren nur Indonesisch – in der Grundschule auch Tetum – als Medium des Lernens erlebt haben. Die Zahl der Osttimoresen, denen ein Hochschulstudium möglich war, ist nie sehr hoch gewesen. Aber es ist eine Tatsache, dass die große Mehrheit der Studenten aus Osttimor an indonesischen Universitäten ihre Ausbildung erhalten haben und zum Teil immer noch dort immatrikuliert sind. Beim Kampf um Unabhängigkeit für Osttimor haben Osttimoresische Studenten in Jakarta und anderen indonesischen Städten eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Auch nach dem Referendum sind immer noch viele osttimoresische Kindern in Schulen auf Java, wo sie mit Stipendien verschiedener, meist kirchlicher Institutionen, ihre Ausbildung erhalten. Es gibt jetzt Befürchtungen, dass diese Kinder und Jugendlichen aus Osttimor in Indonesien ideologisch beeinflusst werden könnten, um nach ihrer Rückkehr als subversive Elemente in dem neuen Staat Osttimor für Unruhe zu sorgen. Im übrigen wird in Zukunft eine Ausbildung in indonesischer Sprache in einem Osttimor, das Portugiesisch als Landessprache haben soll, nicht besonders hilfreich sein.

Es ist nur eine kleine, wenn auch einflussreiche Minderheit, die der portugiesischen Sprache wirklich mächtig ist. Die Einführung der portugiesischen Sprache als Landessprache wird die Bevölkerung Osttimors innerhalb der Inselwelt Indonesiens, aber auch gegenüber Nachbarn wie Australien und im weiteren Umfeld isolieren. Es wird abzuwarten bleiben, ob es tatsächlich gelingt, die portugiesische Sprache in Osttimor heimisch zu machen. Wahrscheinlicher ist, dass sich für den Alltag Tetum stärker durchsetzen wird und im übrigen Indonesisch und Englisch die Verkehrssprachen sein werden, wenn es um Handel, weiterführende Studien, kurz internationale Kontakte geht. Die UNTAET bedient sich gegenwärtig vier Sprachen: Tetum, Bahasa Indonesia, Portugiesisch und Englisch.

Forderungen

Juristisches Vorgehen gegen die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen

Es muss eine Untersuchung der Vergehen geben und die Schuldigen müssen angeklagt werden. Auf Indonesien muss Druck ausgeübt werden, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen Militärs vor ein internationales Gericht zu bringen. Die indonesische Regierung sollte gezwungen werden, die Kosten für die Rückführung von Flüchtlingen zu übernehmen und Reparationen für die Schäden zu leisten. Ferner sollten die indonesischen Menschenrechtsverletzungen für den ganzen Zeitraum der indonesischen Besetzung Osttimors geahndet werden.

Wecken von Eigeninitiative und Zurückfahren der Hilfsangebote

In Osttimor haben sich in den letzten Jahren eine Vielzahl von internationalen Organisationen, privaten und kirchlichen Hilfsorganisationen engagiert³², um nach den verheerenden Ereignissen des September 1999 der notleidenden Bevölkerung zu Hilfe zu kommen. Nach zwei Jahren ist es geboten, kritisch Bilanz zu ziehen. In Teilen der Bevölkerung Osttimors hat sich die Mentalität verbreitet, sich so gut wie ausschließlich auf die Hilfs- und Verteilungsprogramme der internationalen Organisationen zu verlassen und eigene Anstrengungen, die allgemeinen und persönlichen Verhältnisse zu ändern, erst gar nicht zu unternehmen. Besonders negativ wirken die Programme der Verteilung von Nahrungsmitteln, die zu allgemein und nicht nur für wirklich Bedürftige angelegt sind, Abhängigkeiten schaffen, aber keine Eigeninitiative wecken.

Vorbereitungen treffen für die „Zeit nach dem Weggang der UNTAET“

Die oben genannte Forderung nach Förderung von Eigeninitiativen muss sich in erster Linie auf die Zeit nach dem Weggang der UNTAET richten, der mit dem Ablauf des Mandats der Vereinten Nationen Ende Januar 2002 kommen soll. Bis dahin müssen gezielt, Anstrengungen auf dem Sektor der Staatsbürgerkunde unternommen werden. Dabei wird es darum gehen, die Grundbegriffe einer demokratischen Gesellschaft wie Meinungsvielfalt, Anerkennung von Wahl- und Mehrheitsentscheidungen und vieles mehr zu vermitteln.

Fußnoten

- 1 Quelle: Poverty Assessment Timor Loro Sa'e, Internal Working Document 16 June 2001: Development Indicators for East Timor, Initial Results from the Sucos by the East Timor Transitional Administration (ETTA), the Asian Development Bank, World Bank, the United Nations Development Programme (UNDP).
- 2 Weitere statistische Angaben (N.B. Suco = tribal society; Stammesgesellschaft Aldeia = village, Dorf) Die Bevölkerung von 841,303 (49% weiblich; 51% männlich) verteilt sich auf 498 Sucos, die in 2.336 Aldeias leben. Durchschnittszahl von Einwohner pro Aldeia: 360 Personen
Zahl der Familien : 180,283; noch vertrieben oder flüchtig: 18,391 Familien (Stand Juli 2001)
Zahl der Häuser, die durch Gewaltanwendung unbewohnbar wurden: 67,498.
Gegenwärtig sind 53% dieser Häuser repariert oder zumindest wieder bewohnbar.
Die Zahl der Schulen beläuft sich auf 923, das sind nur 14% weniger als vor den Gewalttaten im Jahr 1999. Davon sind 71 Grundschulen, 11 erste Stufe Gymnasium (Junior High School), 3 Gymnasien (Senior High School) und 15 andere Schulen sind. Die Zahl der Lehrer beläuft sich auf 5,789, davon sind 1,633 weiblich und 4,156 männlich. 237,551 Schülerinnen/Schüler oder 79% der schulpflichtigen Kinder besuchen eine Schule. 718 Schulen (78%) sind staatlich, während 173 (19%) von der Kirche betrieben werden. Die Zahl der Privatschulen beläuft sich auf 26 (3%).
Wegen der Ausschreitungen nach dem Referendum im September 1999 wird die Zahl der Einwohner Osttimors um ca. 100.000 geringer mit 750.000 angegeben, wobei die Differenz aus Flüchtlingen, die gegen ihren Willen außer Landes gingen und Angehörigen der pro-indonesischen Milizen, die aus Furcht vor Gerichtsverfahren und Repressalien nach Indonesien zogen, sich zusammensetzt.
- 3 <http://sipa.columbia.edu/ICRP/etrptchap4.pdf>
- 4 Das Manuskript wurde Ende September 2001 abgeschlossen.
- 5 Vgl. M. Schlicher, op.cit. 299.
- 6 „The Timorese need only to read and write, and then we should give them a hoe and an axe“ Vgl. M. Schlicher, op.cit. 301.
- 7 In diesem Zusammenhang kann man sich fragen, was dann die Entscheidung bedeutet, Portugiesisch zur Landessprache in einem unabhängigen Osttimor zu machen.
- 8 Wenn man bedenkt, dass 1906 79% der Portugiesen Analphabeten waren, erscheint das mangelnde Engagement auf dem Erziehungssektor seitens der portugiesischen Kolonialverwaltung vielleicht nicht mehr so kritikwürdig. Vgl. M. Schlicher, op.cit. 35.
- 9 Die wirtschaftlichen Interessen des indonesischen Militärs in Osttimor in der damaligen Zeit hat M. Schlicher knapp so beschrieben: „Mit unzähligen Firmen und Unternehmensgruppen sind die einzelnen Zweige der indonesischen Streitkräfte aktiv am wirtschaftlichem Prozess ihres Landes beteiligt. Der zur Beschreibung dieser wirtschaftlichen Struktur gebräuchliche Begriff ‚military economy‘ zeigt, wie sehr die Streitkräfte inzwischen auch diesen Bereich dominieren. Denok ist ein Unternehmen der Strategischen Reserve (KOSTRAD) und wurde ins Leben gerufen und geführt von einem der politisch mächtigsten Männer in Indonesien: Benny Murdani. Er gehörte zum inneren Zirkel von Präsident Suharto und war als Oberkommandierender der Streitkräfte maßgeblich an der Planung und Umsetzung des indonesischen Einmarsches in Osttimor und dem darauf folgenden ‚Integrationsprozess‘ beteiligt“, vgl. M. Schlicher, op.cit. 200.
- 10 Vgl. den ausführlichen Bericht von James Dunn, Crimes against Humanity in East Timor, January to October 1999, Their Nature and Causes. James Dunn wurde von Generalstaatsanwalt Mohamed Othman eingeladen, die Menschenrechtsverletzungen in Osttimor im Jahr 1999 zu untersuchen.
- 11 Zu ‚Kopassus‘ (Spezialeinheit der indonesischen Armee) vgl. z.B.: <http://www.fas.org/irp/world/indonesia/kopassus.htm>
- 12 Die Farben „Rot-Weiss“ stehen für die Nationalflagge Indonesiens und für das Eintreten der Milizen für eine Integration Osttimors in den indonesischen Staat.
- 13 Die internationale Zusammensetzung ergibt sich nach einem UN-Schlüssel, der für bestimmte Länder bestimmte Kontingente vorsieht. Das bedeutet jedoch, dass es kein bestimmtes Anforderungsprofil für die Entsendung gibt. Die bunte Zusammensetzung, besonders der Polizisten, die alle in ihren nationalen Uniformen Dienst tun, sorgt für ein farbenprächtiges Bild, das vielleicht gut für Paraden, aber nicht für den alltäglichen Dienst ist. Die sprachlichen Qualifikationen sind auch sehr unterschiedlich.
- 14 Das East Timor Support Center (ETISC) war in der Zeit der indonesischen Besatzung von Osttimor 1997 gegründet worden, um den Kampf der Timoresen um Unabhängigkeit durch die Koordination verschiedener internationaler Gruppen in Europa, Nordamerika und weltweit zu unterstützen. Es hatte seinen Sitz in Davao auf den Philippinen und in Darwin (Australien). Der Friedensnobelpreisträger Ramos Horta ist Präsident von ETISC.
- 15 Genaue Zahlen waren wegen der chaotischen Umstände im September 1999 in Osttimor nie zu bekommen. Es wird von einer Zahl zwischen 250-300.000 ausgegangen, die damals nach West-Timor kamen.
- 16 Bei einem Besuch im Juli 2001 in Osttimor hatte ich Gelegenheit in Dili mit einigen dieser damals aus der Hauptstadt Dili nach West-Timor verbrachten Personen zu sprechen, die inzwischen in ihre Heimat hatten zurückkehren können.
- 17 Es wird eine Zahl von 60.000 Indonesiern genannt, die sich im Laufe der indonesischen Besatzung 1975-1999 im Zusammenhang mit der Umsiedlungspolitik der indonesischen Regierung in Osttimor niedergelassen hätten. Fast alle haben nach dem Referendum vom 30. August 1999 Osttimor wieder verlassen.
- 18 Es wird von einer Zahl von 20.000 Personen in den Lagern in West Timor gesprochen, deren Familien eine Pension oder ein Gehalt der indonesischen Regierung erhalten. Diese Leute wollen nicht oder erst dann nach Osttimor zurückkehren, wenn sichergestellt ist, dass sie ihre Ansprüche auf Pensionen und Gehälter seitens des indonesischen Staates auch in Osttimor geltend machen können.
- 19 Für diese Morde wurden am 21. Mai 2001 sechs der Beteiligung überführte Täter in Jakarta zu überraschend leichten Strafen von 10 bis 20 Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil stieß auf heftige Proteste seitens der Vereinten Natio-

nen wie auch seitens der katholischen Kirche in West- und Osttimor.

- 20 Es wurden auch Stimmen laut, die darauf aufmerksam machten, dass die Zahl derer, die sich als Flüchtlinge aus Osttimor bezeichneten, unverhältnismäßig hoch lag. Es scheint, dass die Möglichkeit, in den Genuss der materiellen Unterstützung der internationalen Flüchtlingshilfe zu kommen, viele Nicht-Berechtigte dazu brachte, sich als Flüchtlinge registrieren zu lassen.
- 21 Die Flüchtlinge in West-Timor waren von einer Beteiligung an der Wahl vom 30. August 2001 ausgeschlossen, weil sie die Bedingung für eine Registrierung, bis zum 20. Juni 2001 nach Osttimor zurückzukehren, nicht hatten erfüllen können.
- 22 „Immer wieder erstaunt den Außenstehenden die ethnische und damit verbunden auch die kulturelle und sprachliche Vielfalt auf Timor. Im Zuge der verschiedenen Völkerwanderungen im südostasiatischen Archipel scheinen auf Timor viele Fäden zusammengelaufen zu sein: neben malaisischen und melanesischen Einflüssen finden sich auch Papua dominierte Völkergruppen und selbst Einschläge der australischen Aborigines“ vgl. M. Schlicher, Portugal in Osttimor, eine kritische Untersuchung zur portugiesischen Kolonialgeschichte in Osttimor 1850-1912, Hamburg 1996, S. 85.
- 23 Unumstritten ist diese Haltung der Versöhnungsbereitschaft in Osttimor allerdings nicht. Dies wurde bei einer Begegnung im April 2001 zwischen einer Delegation aus Osttimor unter der Leitung von José Xanana Gusmao und indonesischen Regierungskreisen in Jakarta deutlich, bei der es um eine Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen der indonesischen Seite in Osttimor ging. Prawobo Subianto, der Führer der berüchtigten Spezialeinheit Kopassus, die mit Spezialaufgaben auf dem Gebiet der Spionage, der Bekämpfung des Terrorismus und anderer geheimer Sonderaufgaben betraut war, hatte bei dieser Gelegenheit eingeräumt, dass es Exzesse bei den indonesischen Truppen gegeben habe, die in Osttimor stationiert waren. José Xanana Gusmao hat sich mit dieser Erklärung zufriedengegeben und festgestellt, dass dies jetzt alles eine Sache der Vergangenheit sei und es gälte, nach vorne zu schauen. Von ehemaligen Opfern, die wie Domingos Santan Guterres von indonesischen Soldaten gefoltert wurde, wurde Xanana Gusmao für seine Worte kritisiert und auch dafür, dass er Prabowo umarmt habe.
- 24 Der Vatikan hat 1997 die bis dahin einzige Diözese Dili geteilt und neben ihr die Diözese Baucau errichtet, zu deren erstem Bischof Basilio do Nascimento ernannt wurde.
- 25 Zu den Voraussetzungen einer Versöhnung hat sich Bischof Belo in einer Predigt in Sydney am 24. Februar 1999, d.h. ein gutes halbes Jahr vor dem Ausbruch der Gewaltwelle in Osttimor im September 1999, geäußert. Darin sagte er: „Versöhnung erreicht man nicht, indem man nur Hände schüttelt und einige schöne Worte sagt. Ganz sicher beinhaltet Versöhnung nicht, dass man die Vergangenheit vergisst. Versöhnung bedeutet gewiss viel mehr. Sie ist eine harte und schwierige Aufgabe. Versöhnung ist entscheidend, wenn Gesellschaften, die durch Politik und Terror zerissen sind, sich wieder erholen wollen, damit sie zu Orten werden, wo die Menschenwürde respektiert wird. Von den Verbrechen, die in meinem Land, Osttimor, begangen wurden, kann niemals genug berichtet werden, um den vielen Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ich möchte mich auf die Zukunft konzentrieren und einige Ideen vorstellen, die für die Arbeit wichtig sind, durch einen Prozess der Versöhnung einen gerechten Frieden herbeizuführen.“
- Nelson Mandela hat gesagt: ‚Um Frieden mit deinem Feind zu machen, musst Du mit deinem Feind zusammenarbeiten, dann wird dieser Feind dein Partner werden.‘ Was meint er damit? Ganz einfach, damit wir, deren Leben durch die Gewalt und Furcht gebrochen wurde, einen neuen Anfang machen können, müssen wir mit den Verfolgern sprechen. Diejenigen, die Verbrechen begangen haben, müssen eingestehen, was sie getan haben, damit ihren Opfern die Last der Scham, der Furcht und der Wut genommen werden kann. Das kann nur in einem gegenseitigen Prozess auf der Basis von Gleichheit und Würde für alle Betroffenen geschehen. Ein Leben in Furcht und täglichem Ausgesetztsein von Gewalt schafft Opfer, die gelähmt und hilflos der Vergangenheit ausgeliefert sind. Ein wichtiges Anliegen muss daher sein, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen und neue Lebensbedingungen zu schaffen, in denen aus Opfern Überlebende werden können. Das setzt aber soziale und individuelle Versöhnung voraus.
- Eine der ersten Voraussetzungen für die Versöhnung ist, dass man die Wahrheit sagt. Die Wahrheit von Geschehnissen, die vielleicht vor Hunderten von Jahren sich ereignet haben, ist unter uns lebendig. Wenn diese Wahrheit nicht anerkannt wird, oder wenn sie durch politische Prozesse verfälscht wird, dann wird eine Übereinkunft über die Geschehnisse sehr schwierig. Wenn Regierungen behaupten, dass gewisse Ereignisse nie geschehen sind, obschon die Opfer vor unseren Augen Zeugnis davon ablegen, dass sie sich doch ereigneten, dann verlieren Regierungen ihre Glaubwürdigkeit und ihre Autorität. Wir hören viele schöne Worte über Bestrebungen nach nationaler Einheit, Zusammenarbeit und Harmonie, doch im selben Atemzug wird militärischen Einheiten befohlen, auf Zivilisten zu schießen. Jede Regierung, die Gewalt gebraucht, kann nur durch Gewalt überleben. Gewalt bringt neue Gewalt hervor, und die Verbrecher leben in der Furcht, dass sie selber zu Opfern werden könnten.
- Menschen, die durch Gewalt und Diskriminierung in Feindschaft leben, können nur dann friedliche zwischenmenschliche Beziehungen wieder aufnehmen, wenn sie die Wahrheit dessen, was geschehen ist, anerkennen. Erst dann können sie gemeinsam Pläne für die Zukunft machen. Solange aber die Wahrheit nicht anerkannt wird, und solange die Erinnerung daran wach bleibt, werden die Beziehungen gespannt bleiben.
- In der Zeit der Zugehörigkeit zu Indonesien waren wir gezwungen, unter einem Regime zu leben, das täglich Tatsachen und die Sprache verfälschte. Damit die Wahrheit öffentlich gesagt werden kann, wird es notwendig sein, dass Frieden herrscht und es keine Anwendung von Gewalt seitens der Regierung mehr gibt, ehe Menschen zur Mitarbeit bereit sein werden. Die vorrangigste Aufgabe ist daher der Aufbau einer neuen Regierung in Osttimor. Unsere Befürchtung ist, dass es zu mehr Gewalt kommen wird, bevor wir diesen Prozess wirklich beginnen können“.
- 26 Die wichtigsten dieser Parteien sind:
- Die Revolutionäre Front eines Unabhängigen Osttimor [Fretilin], die 1975 die Unabhängigkeit proklamierte und den Widerstandskampf gegen Indonesien vorrangig führte. Mari Alkatari und Francisco Guterres sind die Führer der Fretilin.
 - Sozialdemokratische Partei [PDS] unter Leitung des früheren Gouverneurs Mario Viegas Carrascalao.
 - Timoresische Demokratische Union [UDT] unter Joao Carrascalao, Bruder von Mario Viegas Carrascalao, eine Par-

- tei, die schon 1975 mit der Fretilin um die politische Macht in Osttimor gekämpft hat.
- Eine andere Sozialdemokratische Partei ist die ASDT unter Francisco Xavier do Amaral.
- Arbeiterpartei [Trabalista]
- Pro-Referendum-Apodeti, eine Partei, die ursprünglich für Integration mit Indonesien stand.
- Demokratische Partei [PD] eine Neugründung unter Fernando Araujo aus der Studienbewegung Renetil, der sechseinhalb Jahre in Jakarta in demselben Gefängnis inhaftiert war, in dem auch José Xanana Gusmao einsaß.
- Timoresische Sozialistische Partei [PST] eine Neugründung unter Avelino Coelho da Silva, die gegen Fretilin und die UN steht.
- Nationalistische Partei Timor Leste [PNT] unter Abilio de Araujo, die angeblich Verbindungen zu indonesischen Militärs hat.

²⁷ José Xana Gusmao, geboren 20. Juni 1946, hatte eine vierjährige Ausbildung in der Schule der Jesuiten in Dare, leistete einen dreijährigen Dienst in der portugiesischen Armee und war danach einige Jahre in der Kolonialverwaltung tätig. 1969 Heirat mit Emilia, mit der er zwei Kinder hat. Seine erste Frau lebt mit den Kindern in Australien. In zweiter Ehe ist José Xana Gusmao mit der Australierin Kirsty Sword, mit der er einen Sohn (2001 ein Jahr alt) hat. 1974 erhielt Gusmao für sein Gedicht „Mauberedias“ den Dichterpriest Osttimors. Nach der indonesischen Invasion leitete er 13 Jahre lang den militärischen Widerstand der Fretilin. 1992 verhaftet, wurde er zu zwanzig Jahren Haft verurteilt, von denen er sieben verbüßte.

²⁸ In einer Rede vor dem Nationalen Kongress des Timoresischen Widerstandes (CNRT) am 12. Februar 2001 hat José Xanana Gusmao z. B. grundsätzliche Gedanken zum Thema „Versöhnung, Toleranz, Menschenrechte und Wahlen“ vorgetragen. Er gab zunächst einen Überblick über die jüngere Geschichte Osttimors und betonte, dass das Volk von Osttimor ein „friedliebendes Volk“ sei. Das zeige sich daran, dass es während der portugiesischen Kolonialzeit keine große Militärpräsenz und bis auf die Schlussphase auch keine politische Polizei gegeben habe. Während der japanischen Besatzungszeit habe die Bevölkerung Osttimors gezeigt, dass sie Widerstand zu leisten imstande sei und sich gegen Unrecht zu behaupten wisse. Die Zeit der Besatzung durch Indonesien von 1975 an sei dagegen eine Zeit gewesen, die viele Veränderungen mit sich gebracht habe. Gegenüber der Willkür des indonesischen Militärs habe sich die andere Seite des Charakters der Osttimoresen gezeigt, dass sie auf Gewalt ebenfalls mit viel Aggressivität reagieren können. Das indonesische Regiment habe korrumpierend gewirkt, weil es auf Verrat und Kollaboration aus niedrigen Motiven aufgebaut gewesen sei. Indonesien habe gezielt und systematisch die Widerstandsbewegung zu untergraben versucht und dabei sich die Verräter und Spitzel „gekauft“. Den Indonesiern sei es gelungen, eine „Kultur der Gewalt“ herbeizuführen. Dabei habe man gezielt auf die Jugend gesetzt, die in Osttimor besonders anfällig gewesen sei, weil es an Beschäftigungsmöglichkeiten fehle und viele Jugendliche mit Wetten und Drogen auf einen moralisch schlechten Weg gerieten. Andere Jugendliche wurden gewalttätig und ließen sich bereitwillig für die pro-indonesischen Milizen anwerben, die ihnen Ausbildung an Waffen und eine feste Gruppenzugehörigkeit boten.

²⁹ In einem Schreiben an den Generalsekretär Kofi Annan, an die Menschenrechtsbeauftragte Mary Robinson und andere UN-Organisationen, haben 44 christliche Organisationen, die in einer langjährigen Partnerschaft mit den christlichen Kirchen auf Osttimor stehen, im Dezember 2000 in London angemahnt, dass Gerechtigkeit die Voraussetzung für jede Form von Versöhnung sei. In dem Schreiben wird die Forderung erneuert, dass ein internationales Gericht die Menschenrechtsverletzungen in Osttimor ahnden müsse. Zugleich wird die Rückführung der Flüchtlinge nach Osttimor gefordert.

³⁰ Vgl. M. Schlicher, op.cit.94-97.

³¹ Othman verfügt über internationale Erfahrungen in Menschenrechtsverfahren, hat er doch von 1996-2000 in Ruanda als Ankläger in einer Reihe von Verfahren wegen Menschenrechtsverletzungen im dortigen Bürgerkrieg gewirkt.

³² Zu Beginn des Jahres 2001 waren in Osttimor 127 Nichtregierungsorganisationen registriert, die im National NGO-Register festgehalten sind.